ZECK

Nummer 113 / März 03



Weiterstadt 1993

Ausreisezentren stoppen!

Inhalt

Nächster Schwerpunkt: Irakkrieg

In den letzten Wochen fanden zahlreiche Demonstrationen gegen den drohenden Irakkrieg statt. Einige davon mit Regierungsbeteiligung, andere mit dem expliziten politischen Ansatz sich gegen die vermeintliche deutsche Friedenspolitik zu richten. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Spektren sind hoch und werden in den nächsten Wochen vermutlich noch stärker zunehmen.

Der Text „Kapitalistische Kriege und kapitalistischen Frieden bekämpfen!" von den Autonomen Gruppen in dieser Ausgabe greift diese Thematik auf und ergreift Position für eine Antikriegspolitik, die sich auch gegen die deutsche Interessen richtet. In der nächsten Ausgabe wollen wir die Frage nach linksradikalen Positionierungen und Interventionsmöglichkeiten im aktuellen Konflikt zum Schwerpunkt machen. Den Text in dieser Ausgabe verstehen wir als Einstieg zu dieser Diskussion.

Vorwort

Mit diesem Heft haltet Ihr die zweite Ausgabe der „neuen Folge" der Zeck in Händen. Auch der Verfassungsschutz hat erleichtert vermeldet, dass unsere Publikation nach langer Pause wieder erscheint, wahrscheinlich hatten die Damen und Herren schon um ihre Arbeitsplätze gezittert. Neben dem sehr umfangreichen Schwerpunkt „Ausreiselager" finden sich im Heft zwei Texte zum letzten Schwerpunkt „Bambule", die uns zugesandt wurden.

Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe im Mai (Einsendeschluß 20.4.) wird der Krieg im Irak und die Neuordnung der Region sein. Auch wenn z.T. die merkwürdigsten Bündnisse gegen diesen Krieg geschmiedet werden und es dringend notwendig ist sich genau anzuschauen, mit wem mensch auf die Strasse geht, finden wir es auf jeden Fall wichtig, Protest gegen die imperialistische Kriegspolitik auf die Strasse (und sonstwohin) zu tragen.
Am Tag eines Angriffs auf den Irak wird es Spontandemonstrationen geben (Treffpunkte B5, LIZ oder Rote Flora), FrauenLesbenzusammenhänge treffen sich vor der Frauenkneipe in der Stresemannstrasse. Die Friedensbewegung mobilisiert zu 17.00 Uhr zum Kriegsklotz Stephansplatz (am Wochenende 12.00 Uhr). Am Tag nach dem Angriff startet um 17.00 Uhr am Bahnhof Sternschanze eine Spontandemonstration.

See you there!!
Z.

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag



Bundesweiter Aktionstag gegen Hartz-Paket und „PSA“ Einführung am 01.04.2003

Aufgerufen zu diesem Aktionstag hat ein Bündnis von regionalen Anti-Hartz-Bündnissen, Erwerbslosen- und Sozialhilfe-empfängerInnengruppen. Anlass ist die flächendeckende Einführung der Personal-Service-Agenturen am 01.04.2003.
Das Hartz-Paket entstand aus einer 15-köpfigen Kommission unter Vorsitz von Peter Hartz , die im Auftrag der Bundesregierung einen Bericht mit dem Titel „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ erstellte. SPD und Grüne übernahmen diese Vorschläge weitgehend unverändert und feierten diese als die „größte Arbeitsmarktreform in der Nachkrieggeschichte“.

In diesem Zusammenhang werden zB. die Zumutbarkeitsregeln verschärft. Singles müssen sofort bundesweit Stellen annehmen und bei einer neuen Stelle geringere Verdienste akzeptieren. Familienangehörige und Alleinerziehende müssen sich nach spätestens 6 Monaten bundesweit bewerben. Mit Hilfe eines modernen Chipkartensystems werden die bereitgestellten Leistungen überwacht und ausgezahlt. Neu von Arbeitslosigkeit Betroffene erhalten in den ersten drei Monaten ohnehin nur noch pauschale Beträge ausgezahlt.

In der neuen Struktur kommt den sogenannten Job-Centern und Personal-Service-Agenturen eine besondere Bedeutung zu. Jobcenter sollen zur Schnittstelle aller Maßnahmen werden: Anlaufpunkt ist die Clearingstelle. Neben den »harten Fakten« wie beruflicher Qualifikationen, Jobgeschichte und Lebenslauf werden auch die »weichen Fakten« wie Motivation, Teamfähigkeit oder Flexibilität erfasst. Die gesammelten Daten können von Leiharbeitsfirmen, Arbeitgebern und den Personal-Servive-Agenturen (PSA)abgerufen werden. PSA sind eigenständige Abteilungen innerhalb der Jobcenter. Arbeitslose sollen in PSA praktisch zu Angestellten der Arbeitsämter werden. Diese verschaffen ihnen dann - wie eine Leiharbeitsfirma und in Zusammenarbeit mit diesen- Jobs auf Zeit. In Hamburg wird dieser Bereich woll privatisiert. Auf die Ausschreibung hin haben sich Randstadt, die HAB und die AWO beworben.

Die Veränderungen bringen mehr Druck, Kürzungen, Verschärfung des Arbeitszwanges und unsichere Beschäftigung. Sowohl Erwerbslose als auch Beschäftigte sind betroffen. Im Abschlußbericht der Hartzkommission heißt es: »Das Konzept bringt Atmungsinstrumente für Unternehmen. Alle Maßnahmen orientieren sich am Bedarf der UnternehmerInnen und am Markt.«

Auszüge aus einer Einladung vom Hamburger Vorbereitungstreffen am 04.03.2003 um 18 Uhr in der Roten Flora.



Bambule rockt weiter - Senat in der Klemme

Spätestens nachdem der Senat den Platz an der Harkhortstrasse abglehnt hat, scheint eine Neubelebung der Bewegung notwendig. Die Bambule kommentierte den Senetsrückzieher in einer Presserklärung:
„Aufgrund der Rücknahme des Senatsangebotes steht für uns fest, dass Herr Wellinghausen keine Handlungskompetenz besitzt und wiederholt verbindliche Absprachen nicht einhält. Wir fragen uns ernsthaft nach dem Sinn monatelanger Verhandlungen, wenn im Senat keinerlei Bereitschaft besteht einer politischen Lösung zuzustimmen, sobald diese in Sicht ist.“
Als Konsequenz forderte die Bambule daher zu weiteren Gesprächen direkt den politisch Verantwortlichen Ole von Beust. Dieser ist durch seinen Verhandlungsspagat selbst laut dem inoffiziellen Parteiorgan „Welt“ mitten in eine Koalitionskrise geschlittert. CDU-Basis und Schill Partei lehnen eine Verhandlungslösung offen ab. Schill, Wellinghausen und Beust haben sich dagegen, aus Sorge um die Hamburger Olympiaberwerbung für eine solche ausgesprochen. Einige Autonome kommentierten diese Situation auf der Internetseite des Solibündnisses (www.nadir.org/regierung-sturzen): »Die Bambule Solidaritäts-Demonstration am 01.03. wird nur ein kleiner Ausdruck von dem sein, was in den kommenden Wochen und Monaten wieder nötig ist, um einen neuen Platz für die Bambule durchzusetzen. Die Regierung zu stürzen wird uns ein so leidenschaftliches Vergnügen wie in den letzten Monaten sein. Auf die Störung der Olympia-Bewerbung freuen wir uns jetzt schon und gemeinsam mit anderen sozialen, kulturellen und politischen Initiativen werden wir eine Opposotion aufbauen müssen, die in Zukunft dem Senat, egal welcher Mehrheit auch immer, kraftvoll entgegentritt.«

Hamburg feiert die Bundeswehr - Wir feiern mit!

Endlich ist es soweit! Hamburg erhält sein erstes eigenes, öffentliches Gelöbnis auf dem Rathausmarkt. Es gibt konkrete Hinweise, dass die Party am 16.6.03 steigen wird. Wir sind zwar nicht eingeladen, wollen aber trotzdem mitfeiern!

Die hamburgische Rechtsregierung ist der Meinung, zur anstehenden Schliessung der Fischbeker Kaserne ihr Verbundenheit zum deutschen Militär demonstrieren zu wollen. Ausserdem möchte sie die Gelegenheit nutzen, die Exekutionen ihrer Politik mit solchen, lange Zeit in Hamburg unvorstellbaren Aktionen voranzutreiben. Interessanterweise ist auch die SPD ganz begeistert und dafür und die GAL findet eigentlich nur, dass die Bundeswehr doch solche Provokationen nicht nötig hätte. Soviel zur Parteinlandschaft.

Die Bundeswehr wiederum möchte mit der Veranstaltung ihre Imagekampagne fortführen, die sie seit Jahren mit etlichen, immer wiederkehrenden Ausstellungen und Gelöbnissen vorantreibt. Sie versucht sich dabei penetrant als Bestandteil einer Zivilgesellschaft und ganz normale Arbeitgeberin zu präsentieren.

Damit hat sie zwar schon viel zu häufig aber nicht immer Erfolg. Der jährliche Versuch, im Berliner Bendlerblock ein öffentliches, störungsfreies Gelöbnis abzuhalten, scheitert mit ebensolcher Regelmässigkeit an den Gegenaktivitäten. Und auch in Hamburg hatte sie Ärger: Die Ausstellung „unser Heer“ an den Hamburger Landungsbrücken ist im April 02 auf lauten und nervenden Widerstand gestossen.

Genauere Ankündigungen werden folgen,
Kontakt: 040dos@hh.geloebnix.de
#://hh.geloebnix.de

NOlympia

Am 12. April 2003 wird das „Nationale Olympische Komitee“ (NOK) die bundesdeutsche Bewerberstadt für die Olympiade 2012 auswählen. Unübersehbar promoten die Politik und die Hamburgische Wirtschaftsverbände seit Monaten die Hamburger Bewerbung unter dem sinnigen Kampagnenmotto „Feuer und Flamme für Olympia“. Es gibt Einschätzungen, dass Hamburg zumindest in der Auswahl am 12.04 als Favorit für eine deutsche Bewerbung gilt. Wie schon in der Kampagne 1989/90, als der damalige SPD-Senat eine Machbarkeitsstudie für die Olympiade 2004 forcierte, geht es auch

den aktuellen Aktivitäten um rein ökonomisch orientierte Standortpolitik und wirtschaftliche Interessen.

Das ist Anlass für ein Treffen am Montag, 10.03.2003, 19 Uhr in der Roten Flora, um Überlegungen und Aktivitäten zur Verhinderung der Hamburger Olympiapläne zu koordinieren und in Hinblick auf den 12.04. zu bündeln!

Tapa-Bar und Volksmenue im neuen Libertären Zentrum

Das libertäre Zentrum, welches Ihr bisher aus der Thadenstr. 118 kanntet, ist neuerdings näher an die Schanze herangerückt. In der Fettstr. 23 haben wir schönere und vor allem doppelt so große Räumlichkeiten gefunden, welche es uns ermöglichen, Veranstaltungen mit bis zu 100 Gästen durchzuführen und vor allem endlich gut kochen zu können. Diesbezüglich möchten wir Euch gerne auf unsere Termine hinweisen, an denen wir Euch bei uns herzlich begrüßen würden:

Freitags ab 19 Uhr: **Tapa-Bar**

7-10 verschiedene kleine Gerichte zu Voküpreisen oder gratis zum Getränk dazu.

Sonntags um 17 Uhr: **Volksmenue**

Anarchie und Luxus für bis zu 20 TischgenossInnen. Zu diesem 4-6 gängigem Menue ist eine telefonische Anmeldung (040/4322124) erforderlich, da wir immer ausgebucht sind und der Platz auf Grund der grossen Nachfrage limitiert ist. Zum Essen gibt es selbstverständlich reichlich Getränke aller Art inklusive. Natürlich alles gegen „Vokü"-angemessene Spende.

An beiden Terminen ist ausserdem unsere umfangreiche „Libertäre Bibliothek geöffnet". Die F.A.U. trifft sich wie gehabt Mittwochs um 19 Uhr.

Cafe des femmes noir

Cafe für Frauen- jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat in der schwarzen Katze – libertäres Kultur- und Aktionszentrum (Fettstr. 23)

Termine:

27.02., 21.00 Uhr: Lehrreiche Lesung aus Büchern von Anja Meulenbelt.

13.03., 21.00 Uhr: Entspannter Cafe-Abend, Getränke, Essen und Musik.

27.03., 21.00 Uhr: Frauen in linken Strukturen: Vorstellung der FAU-sucht Faru-AG.

Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger

Im bayerischen Mittenwald feiern Angehörige der faschistischen deutschen Wehrmacht und der Bundeswehr noch heute ihre vergangenen und aktuellen Fronterlebnisse. Voller Stolz erleben die greisen Wehrmachtssoldaten, dass Bundeswehrsoldaten in SFOR- und KFOR-Einheiten heute wieder auf dem Balkan kämpfen, wo sie selbst vor 60 Jahren wüteten. Sie leugnen noch heute die von ihnen begangenen Massaker und Zerstörungen während des 2.Weltkriegs u.a. in Griechenland, Italien, Frankreich, Finnland, Jugoslawien, Polen, Albanien und der Sowjetunion.
Zu ihrer größten Überraschung wurden die alljährlichen Feiern der Gebirgstruppe Pfingsten 2002 zum ersten Mal seit 1952 gestört! AntifaschistInnen aus der gesamten BRD wollten der ermordeten Menschen am Versammlungsort gedenken und die Anwesenden mit der mörderischen Geschichte der Gebirgstruppe konfrontieren. Alte und junge Kameraden reagierten darauf äußerst aggressiv. Die bayerische Polizei setzte alle BesucherInnen einer Jugendherberge, in der sie die „Störer" vermutete, fest.
Pfingsten 2003 (7.+8.6.03) werden wir die Gemeinde Mittenwald und die Gebirgsjäger-Kameraden erneut besuchen. Wir wollen in Mittenwald die Entschädigungsforderungen griechischer NS-Opfer gegenüber der BRD publik machen und einen Beitrag zur Wiederaufnahme von Ermittlungsverfahren gegen Gebirgsjäger der Wehrmacht wegen Kriegsverbrechen leisten.
Wir rufen auf zur Teilnahme an einem Hearing, an Demonstrationen und Aktionen in Mittenwald. Zu dem Hearing sind VertreterInnen des Griechischen Nationalrats der Opferverbände aus Athen, Überlebende der Massaker aus Griechenland, MilitärhistorikerInnen und (ehemalige) WiderstandskämpferInnen eingeladen.

gekürzt aus einem Aufruf, Kontakt: angreifbare.tradition@freenet.de

(K)ein Hotel im Wasserturm

Der Wasserturm als Hotel – jetzt doch? Der alte Wasserturm im Schanzenviertel hat seinen Eigentümer gewechselt. Die Münchner „Hammer AG" hat den Turm von Storr übernommen und lässt verlauten: „Wir werden Nägeln mit Köpfen machen. Gerade unter dem Aspekt der am Standort geplanten Messe-Erweiterung ist es für uns ein interessantes Objekt in einem sich entwickelnden Viertel." Da ist das letzte Wort ja wohl noch nicht gesprochen? Bambule contra Messe-Erweiterung.

Durchsuchung der Projektwerkstatt Saasen

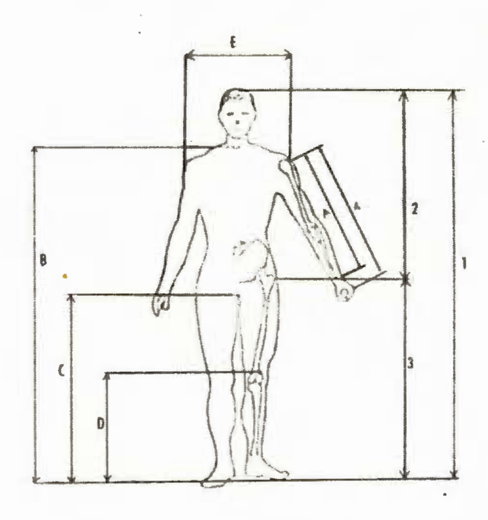
Polizeiangriffe auf die Projektwerstatt spitzten im Dezember 2002 und Januar 2003 die Situation in und um Giessen zu. Die Lage fand ihren repressiven Höhepunkt in der Durchsuchung der Projektwerkstatträume im Januar, bei der alle technischen Geräte beschlagnahmt wurden. Die Projektwerkstatt wurde damit faktisch lahm gelegt. Weitere Informationen befinden sich in unserem Ordner

Ein bisschen Folter tut nicht weh...!?

Mitte Februar wurde öffentlich bekannt, dass der Vize-Präsident der Frankfurter Polizei, Daschner, im Zusammenhang mit den Ermittlungen im Entführungsfall Metzler im vergangenen Sommer dem Tatverdächtigen offen und mit Wissen anderer Polizisten mit Folter gedroht hat. Daschner fertigte hierüber sogar einen Vermerk an, den er den Ermittlungsakten beifügte. Die öffentliche Diskussion dazu wollen wir hier mit einigen prägnanten Auszügen aus verschiedenen Medien dokumentieren. Die WOZ führt hierzu unter anderem zunächst mit Blick auf die möglichen Folgen für Daschner aus:
„Wegen des im Amt verfügten Gesetzesbruchs drohen ihm bis zu zehn Jahre Gefängnis, ausserdem die Entlassung aus dem Polizeidienst. Doch scheint unwahrscheinlich, dass er hart bestraft wird. Die Boulevard-Medien stehen hinter ihm, Leserbriefspalten und Talkshows sind voll des Lobes für den «mutigen» Tabubrecher. Auch Hessens Ministerpräsident Roland Koch, das Schwert des rechten CDU-Flügels, meldete sich zu Wort. Für ihn sei Daschners Verhalten «menschlich sehr verständlich». Und der Vorsitzende des deutschen Richterbunds, Geert Mackenroth, sprach gar von einem «rechtfertigenden Notstand». Es gebe Situationen, «die kaum mit juristischen Mitteln zu lösen sind und in denen Rechtsgüter gegeneinander abgewogen» werden müssten. Warum sollte man nicht etwas quälen dürfen, wenn dadurch ein Kind vielleicht gerettet würde?

Doch damit zog sich der Richter den Zorn vieler seiner Kollegen zu. Innenminister Otto Schily (SPD) warnte vor der Fortsetzung der Folter-Debatte. In den siebziger Jahren wurde in der Bundesrepublik letztmals öffentlich darüber diskutiert, ob für die Gefangenen aus der Rote-Armee-Fraktion (RAF) die Menschenrechte aufzuheben seien. Deren Haftbedingungen glichen zwar ohnehin den heute in der Türkei geltenden Standards. Doch Kochs christdemokratischen Vorgängern war das nicht genug. Konservative Spitzenpolitiker erwogen gar die standrechtliche Erschiessung der inhaftierten RAF-Mitglieder

Spektakuläre Gesetzesverstösse eignen sich von jeher dazu, den repressiven Diskurs voranzutreiben. Dem toten Bankierssohn hätte es nichts genutzt, wenn Daschner Magnus G. hätte foltern lassen. Und wie würde es in Old Europe bald aussehen, dürften Polizeibeamte bei Bedarf die «Wahrheit» aus Verdächtigen herausprügeln? Einzelne Beamte praktizieren im Verborgenen schon jetzt weit mehr, als dem Publikum am Sonntagabend in einem «Tatort»-Krimi am Fernsehen zugemutet werden kann. Ab und zu dringt davon sogar etwas ans Licht, zum Beispiel über die Methoden, die Daschners Kollegen in Frankfurt am Main gegen kleine Drogendealer aus Nordafrika anwandten: Sie wurden in Dienstfahrzeugen eingesammelt und so lange malträtiert, bis sie die gewün-



schten Informationen lieferten. Dieser Fall wurde sogar gerichtskundig. Daschner aber glaubt, die «absolute Ausnahmesituation» genau einschätzen zu können. Doch nach dem 11. September 2001 und angesichts der Behandlung von Gefangenen in Guantánamo zeigt sich auch im Grossen zu deutlich, wohin all die kleinen Ausnahmen führen. Ein bisschen foltern gibt es nicht."

Fritz Tietz von der taz macht sich hingegen Gedanken über die naheliegende Frage, woher Daschner eigentlich über die offensichlichen einschlägigen Folterkenntnisse eines seiner Polizeikollegen wußte:

„Die absonderliche Qualifikation seines ominösen Kampfsportkameraden war Daschner offenbar bestens bekannt. Nicht umsonst wollte er exklusiv nur diesen Experten für den unappetitlichen Folter-Job haben. Wie aber konnte er von dessen ausgesuchten Fähigkeiten wissen? Doch wohl nicht etwa durch eine möglicherweise längst übliche Folterpraxis im Verhörwesen der Frankfurter Polizei? Oder hat sich Daschner die Schmerz erzeugenden Talente seines Folterknechtes am eigenen Leib demonstrieren lassen, ehe er ihn zur beabsichtigten Aussageerpressung herbeibeorderte? Die detaillierten Beschreibungen, die der Vize-Polyp von einigen Folterschmerzen abliefert, könnten diesen Schluss nahe legen. Neben den Qualen, die von überdehnten Handgelenken und gequetschten Ohren herrühren, weiß er auch anderweitig nur zu gut, was effektiv wehtut: »Sie brauchen jemandem nicht fürchterliche Schmerzen zufügen. Es genügt, wenn ein relativ geringer Schmerz für eine bestimmte Zeit aufrechterhalten wird«, plaudert er gleichsam wie aus dem eigenen Folterkellerchen."

Dass sich hinter den Kulissen offensichtlich schon länger „Rechts"-Experten Gedanken über einen effizienten Einsatz von körperlicher Gewalt in polizeilichen Verhören machen, zeigt die Meldung der AFP-Agentur vom 26.02.03:

„In der Debatte um die Zulässigkeit der Folter zur Rettung von Menschenleben hat sich der renommierte Heidelberger Rechtsgelehrte Karl Doehring für Ausnahmen vom allgemeinen Folterverbot ausgesprochen. Über dem Verbot könne als Rechtfertigungsgrund ein so genannter »übergesetzlicher Notstand« stehen, sagte Doehring der »Saarbrücker Zeitung«. Der Verteidiger des mutmaßlichen Mörders von Jakob von Metzler, Magnus G., ist angeblich erst Monate später offiziell darüber informiert worden, dass sein Mandant von der Polizei mit Folter bedroht worden war.Doehring erklärte, es gebe »keine unbegrenzten Rechte« eines Verdächtigen. Als Beispiel nannte der ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts für Völkerrecht den Fall, dass »jemand wüsste, dass irgendwo eine Atombombe versteckt ist, die eine Millionenstadt in die Luft sprengen könnte.« Er sage es aber nicht. Dann müsse es eine Grenze geben, wo »die Rettung von Menschenleben durch Folter« zulässig sei."

Nachdem Daschner nicht nur vom Richterbundvorsitzenden Zuspruch erhielt, sondern sich auch eine Reihe von Politikern verständnisvoll äußerten, lotet PRO ASYL in einer Presseerklärung u.a. die Perspektive für den Schulterschluss deutscher Ermittlungspraktiken mit dem weltweiten Standard in dieser Frage aus:

„PRO ASYL wirft Politikern wie Jörg Schönbohm und Norbert Geis vor, die Debatte um die umstrittenen Vernehmungsmethoden der Frankfurter Polizei im Fall Jakob von Metzler für einen politischen Tabubruch zu benutzen. Wo ein unzweideutiges Bekenntnis zur Absolutheit des Folterverbotes und dem universellen Kern der Menschenrechte gefragt sei, werde von politischen Provokateuren eine Notstandsdebatte betrieben mit dem Ziel, Folter in Notstandssituationen auch im Rechtsstaat denkbar zu machen. Völlig losgelöst vom Fall Metzler würden zur Zeit Szenarien angeblich übergesetzlicher Notstandssituationen konstruiert, in denen das absolute völkerrechtliche Folterverbot hinter angeblich höherrangigen Rechtsgütern zurückzustehen habe. Wer das Folterverbot relativiert, leitet eine Erosion des Völkerrechts ein. Wer der Folter hierzulande eine Gasse bahnt, wird sich fragen lassen müssen, mit welchem Recht er gegen Folter in türkischen Polizeistationen, in irakischen Gefängnissen, in russischen „Filtrationslagern" in Tschetschenien eintritt.

Viele Menschen, die gefoltert wurden oder vor drohender Folter in Deutschland Schutz gesucht haben, können aus eigener Erfahrung berichten, dass Folter in ihren Herkunftsländern oftmals als notwendige Ermittlungsmethode, kriminaltechnische Besonderheit oder unter Hinweis auf eine Notstandssituation gerechtfertigt oder stillschweigend hingenommen wird. Viele Szenarien, in denen Folter z. Zt. als möglicherweise gerechtfertigt dargestellt wird, beziehen sich auf Situationen terroristischer Bedrohung. Der Kern des aktuellen politischen Tabubruchs ist: Es wird versucht, eine Entgrenzung staatlicher Gewalt im Rahmen des Kampfes gegen den Terror salonfähig zu machen. Grund- und Menschenrechte werden als Schönwettergarantien diskreditiert."

Über den internationalen Kontext der „Folterdebatte" in Deutschland macht sich auch ein Beitrag des Internetforums von TELEPOLIS Gedanken:

„Zum Tabubruch mit dem Ziel der Relativierung der Menschenrechte hat der außenpolitische Berater von Tony Blair, Robert Cooper, bereits im letzten Jahr die politische Theorie beigesteuert. Es sei eine Herausforderung für die postmoderne Welt, sich mit der Idee einer Doppelmoral vertraut zu machen. Im Observer vom 4. April 2002 sagte er: „Unter uns halten wir uns an die Gesetze. Wenn wir aber im Dschungel operieren, dann wenden wir die Gesetze des Dschungels an." Kein Wunder, dass im geistigen Umfeld des Irakkrieg-Befürworters Blair die Idee entstanden ist, Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, das absolute Folterverbot, zu suspendieren.

Der Polizeiskandal im Fall Jakob von Metzler kommt einigen zur Zeit offenbar gerade recht, um Notstandsdenken und Doppelmoral auch in deutschen Köpfen zu verankern. Das geistige Klima für eine weitere Demontage von Grund- und Verfahrensrechten im Rahmen kommender Anti-Terror-Pakete III ff wird auf diese Weise bereitet. Der Motassadeq-Prozess wäre vielleicht befriedigender ausgefallen, wenn man sich nicht mit dem Problem abwesender Zeugen und von der Bundesregierung zurückgehaltener Vernehmungsprotokolle hätte herumschlagen müssen, sondern zum Prozessauftakt sogleich ein veritables Geständnis aus der roten Akte gezaubert hätte.

Es scheint so, als sei die Kreuzzugsmoral des US-Präsidenten nun auch hier zu Lande in ihren weit reichenden Konsequenzen für Fragen der inneren Sicherheit gut verstanden worden. Zu präventiven Schlägen passen eben auch präventive Streckbetten. Der Rechtsstaat muss sich zwar auch noch ein wenig strecken, um sich in dieser mutigen Weise zu bewähren. Aber hat sich die historische Verhörmethode erst einmal wieder durchgesetzt und wir uns von zivilisatorischen Vorurteilen befreit, könnten viele interessante Weiterungen dieses offensiven Diskursstils »angedacht« werden.

Auch die bisher unergiebigen Untersuchungsausschüsse des Bundestages etwa könnten hier Mittel in die Hand bekommen, die jeden Blackout unwahrscheinlich machen. Selbst das Schweigen über das Schweizer Nummernkonto käme doch nicht über die Androhung der nächsten Daumenschraube hinweg. Willkommen im Mittelalter."

Schwerpunkt Ausreisezentren

Hamburg will jetzt auch dabei sein – nachdem in mehreren Bundesländern bereits sog. „Ausreisezentren" eröffnet wurden, ist für das Frühjahr 2003 ein sog. „Einreisezentreum" in Hamburg geplant. Näheres hierzu findet ihr in dem Artikel vom Flüchtlingsrat der auch in der nächsten Offlimits veröffentlicht wird. Ein weiterer Artikel ist zu der bundesweiten Kampagne gegen „Ausreisezentren & Abschiebelager". Hierzu soll es in Hamburg demnächst eine Aktionswoche geben. Die Vorbereitungstreffen dazu finden regelmäßig im Curio Haus statt. (Achtet auf Ankündigungen).

Dann gibt es noch einen Text der sich mit „Ausreisezentren" im Allgemeinen beschäftigt. In der Redaktion sind wir im Text von Ruth Gobin über die aufgezeigte historische Linie von Lagern gestolpert, die aus der Zeit der Weimarer Republik bis heute reichen würde. Solche Positionen werden im Rahmen der Anti-Lager Bewegung schon länger kontrovers diskutiert. Wir halten das Aufzeigen einer ungebrochenen Linie von Lagern die von der Weimarer Republik bis heute reicht, aber für eine gefährliche Ungenauigkeit, denn ein solcher Umgang bietet Andockmöglichkeiten für eine Relativierung der Shoa und Antisemitismus. Der Widerstand gegen die rassistische Praxis der Ausreiselager muß kritisch und genau genug sein, keine solchen Anknüpfungspunkte zu bieten. Zusätzlich zu den Gefahren erschließt sich uns auch der politische Sinn dieser Diskussion um die Geschichte der Lager nicht, den historische Vergleiche zeigen selten eine politische und inhaltliche Kritik auf, wie sie im weiteren von dem Text sehr gut entwickelt wird.

»Ausreisezentren« und Lagerunterbringung von Flüchtlingen? Mit uns nicht!

Eine Jury aus namhaften Sprachwissenschaftlern und Journalisten hat Mitte Januar den Begriff »Ausreisezentrum« an 2.Stelle hinter »Ich-AG« zum Unwort des Jahres 2002 gewählt. Dieser Begriff für Sammellager, aus denen Flüchtlinge und MigrantInnen abgeschoben werden, gaukle vor, es könnte sich um freiwillige Auswanderung oder gar Urlaubsreisen handeln.

Tatsächlich werden in diesen Lagern, die meist in abgelegenen Gegenden liegen und von Stacheldraht umgeben sind, die Bewegungsfreiheit und alle sonstigen Rechte der Internierten stark eingeschränkt:
- Aus- und Eingang, Zimmer und persönliche Gegenstände werden ständig kontrolliert.
- Erwerbsarbeit außerhalb des Lagers ist generell verboten, »gemeinnützige Tätigkeit«, z.B. zur Reinigung des Lagers für 1 Euro pro Stunde, ist meist die einzige Möglichkeit, zu Geld zu kommen.

- Ansonsten gibt es nur Sachleistungen in Form von Lebensmittelpaketen oder Gemeinschaftsverpflegung.

- Rechtsanwaltsbesuche sind den Internierten schon aus Kostengründen nicht möglich, eine unabhängige Rechtsberatung im Lager gibt es nicht.

- Ärztliche Grundversorgung ist nur mit Genehmigung der Behörden möglich.
- Schulbesuch der Kinder scheitert oft an weiten Fahrwegen, Deutschkurse für Erwachsene gibt es nicht.
- Regelmäßig finden Verhöre zur Ermittlung von Identität und Herkunftsland statt, regelmäßige Zimmerdurchsuchungen nach Papieren, persönlichen Briefen und anderen Dokumenten, auch bei Freunden und Verwandten, sowie Vorführungen bei Botschaften dienen dem selben Zweck.

Ziel der Behörden ist, die Internierten durch solche Methoden zur sogenannten »freiwilligen« Ausreise zu bewegen bzw. ihre Abschiebung möglich zu machen.

Das Zuwanderungsgesetz, dessen Umsetzung vom Bundesverfassungsgericht Mitte Dezember erst einmal gestoppt wurde, sollte die gesetzliche Grundlage zur Einrichtung von »Ausreisezentren« schaffen. Tatsächlich gibt es solche Lager schon seit einigen Jahren in mehreren Bundesländern:

- in Niedersachsen in Braunschweig und in Bramsche-Hesepe bei Oldenburg,
- in Rheinland-Pfalz bis vor kurzem in Ingelheim, jetzt in Trier,
- in Sachsen-Anhalt seit Anfang letzten Jahres in Halberstadt und

- in Bayern seit September 2002 in Fürth, weitere ähnliche Lager sind geplant.

Sie wurden und werden nicht überall »Ausreisezentrum« genannt, sondern z.B. als »Modellprojekt« zunächst als Teil der ZASt, also der Zentralen Aufnahmestelle eingerichtet wie in Halberstadt oder als Folge lauter werdender Kritik in »Flüchtlingsheim« umbenannt wie in Bramsche. Das erklärte Ziel, die eingewiesenen Flüchtlinge zur »freiwilligen« Ausreise zu bewegen bzw. schnellstmöglich abzuschieben, wurde allerdings in den bestehenden Einrichtungen nicht erreicht. Stattdessen tauchten z.B. in Niedersachsen 53% der Flüchtlinge unter, d.h. sie zogen es vor, ohne gültige Papiere und Sozialleistungen zu überleben statt im Lager auf ihre Abschiebung zu warten. Eine solche massenhafte Illegalisierung und damit totale Entrechtung von Menschen wurde vom niedersächsischen Innenministerium am 6.12.01 als »Erfolg« dargestellt. Die zuständigen Hamburger Behörden halten diese Erfahrungen mit dem »Untertauchen« in Ausreisezentren eingewiesener Flüchtlinge »aus kriminalpräventiver Sicht (für) zweifelhaft«. Außerdem sehen sie in Hamburg kaum Möglichkeiten, eine solche Einrichtung nicht »citynah« anzusiedeln und damit »möglichst unattraktive Rahmenbedingungen« zu schaffen. Einen weiteren Konfliktherd befürchten sie in den juristischen Möglichkeiten, gegen den Verwaltungsakt einer Umsetzung in ein Ausreisezentrum anzugehen und der Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen, die Unruhe schaffen könnten. Aus all diesen Gründen hat sich eine gemeinsame Arbeitsgruppe von VertreterInnen der Innen- und der Sozialbehörde in ihrem Bericht vom 27.6.2002 gegen die Schaffung eines »Ausreisezentrums« in Hamburg ausgesprochen.

Stattdessen hat sie ein Konzept »zur Neuordnung der Zentralen Erstaufnahme einrichtung (ZEA)« vorgelegt, nach dem die bisherige Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Schiff »Bibby Altona« umstrukturiert werden soll.

Geplante Neuerungen gegenüber der bisherigen Praxis sind nach diesem Konzept: 1. Eine Neuordnung der Zuständigkeit: Die bisher für die Erstaufnahme zuständige



Sozialbehörde soll sich künftig nur noch um Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge kümmern, für die eine eigene Anlauf- und Verteilstelle einrichtet wird. Für alle »Personen ohne Bleiberechtsperspektive«

, und dazu zählt das Konzept:
- »Asylbegehrende und Asylfolgeantragsteller sowie Asylsuchende bis zur Weiterleitung an eine auswärtige Aufnahmeeinrichtung
- Neu eingereiste, ausreisepflichtige Ausländer (das heißt: Menschen, die keinen Asylantrag stellen, sondern eine Duldung beantragen, d. Red.) sowie
- Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge über 16 Jahren, soweit nicht im Einzelfall erzieherischer Bedarf festgestellt wird« (S. 7)

ist eine neu strukturierte Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) unter der Führung der Innenbehörde vorgesehen. Die Behörde für Inneres (BfI) soll dort auch für die »Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Durchführung von Beratung und Betreuung« dieser Flüchtlinge zuständig sein.

2. Zum Zweck einer solchen »ganzheitlichen Sachbearbeitung« sollen Teile der Ausländerabteilung des Einwohnerzentralamts, die sich bisher in der zentralen Ausländerbehörde in der Amsinckstraße befinden, in die Erstaufnahmeeinrichtung verlegt werden. Deren Aufgaben sind vor allem:
- »die Ersterfassung der Neueinreisen
- die Durchführung von Anhörungen zur Klärung von Identität, Herkunftsland, Einreiseweg und Einreisegrund sowie
- die Prüfung der Möglichkeit einer Zurückschiebung oder Rücküberstellung nach dem Dubliner Übereinkommen, außerdem
- die Erteilung und Verlängerung von Duldungen und Aufenthaltsgestattungen sowie

- die Beratung über die Möglichkeiten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr«

All dies könnte künftig »in Verbindung mit der Gewährung von Leistungen nach dem AsylBLG in der Erstaufnahmeeinrichtung wahrgenommen werden« - im Klartext: Menschen, die man sofort wieder loswerden will, die aber nicht genügend dabei »mitwirken«, werden die Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen, wobei klar ist, dass es eh nur Sachleistungen geben soll.
3. Auch zwei Abteilungen des LKA sollen in das Lager umziehen:

- die Dienststelle LKA 23a zur Erkennungsdienstlichen Behandlung und
- die Dienststelle LKA 56, die u.a. für »strafrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit mittelbarer Falschbeurkundung« zuständig ist - im Klartext: für die sog. »Altersfeststellungen« bei minderjährigen Flüchtlingen.

4. Rechtsberatung wie derzeit durch die ÖRA (Öffentliche Rechtsauskunft, kostenlos) ist in der neuen ZEA nicht mehr vorgesehen. Zur Frage, ob RechtsanwältInnen und Beratungsstellen Zugang auf das Gelände erhalten sollen, steht nichts in dem Konzept - zu befürchten ist, dass dies unterbunden werden soll. Selbst unabhängige Rückkehrberatung ist unerwünscht: »Die Gewährung von Hilfen zur freiwilligen Rückkehr wird ausschließlich in der ZEA vorgehalten« (S. 16).

5. Der Betrieb der neuen Einrichtung soll zunächst durch den bisherigen Träger pflegen & wohnen (Anstalt öffentlichen Rechts) »oder objektabhängig durch einen privaten Träger fortgeführt werden« (S. 17). Die soziale Beratung und Betreuung in der ZEA »wird in der Verantwortung der BfI wahrgenommen. Die Möglichkeit einer Durchführung durch einen privaten Träger sollte geprüft werden« (S. 18). Was die dort angestellten SozialarbeiterInnen (sofern es überhaupt qualifiziertes Personal sein wird) tun dürfen und müssen, kann man sich vorstellen - auf jeden Fall keine parteiliche Unterstützung von Flüchtlingen.
6. Kinderbetreuungsangebote soll es weiter »außerhalb der Zuständigkeit der BfI« geben. Von Schulbesuchsmöglichkeiten ist allerdings nirgends die Rede.

Ob und unter welchen Bedingungen die Internierten das Lager überhaupt verlassen dürfen, steht nicht in dem Konzept. »Nötig« ist es jedenfalls nicht mehr, denn alle Behörden sollen ja auf dem Gelände angesiedelt werden, Geld zum Einkaufen ist nicht vorgesehen, und eine Arbeitserlaubnis bekommen die Flüchtlinge im ersten Jahr sowieso nicht.

Was sind die Ziele der Behörden? In frappierender Offenheit werden in dem Konzept die »Vorteile« der Neuordnung aufgezählt:

- »Verbesserte Möglichkeiten der Feststellung von Identität und Einreiseweg«: Der »enge räumliche Kontakt« ermöglicht z.B. »zielgerichtete Durchsuchungen« (von Personen, Gepäck und Räumen), um »Erkenntnisse über den Reiseweg zu gewinnen, welche wiederum Voraussetzung für eine Rückschiebung sind« (S. 19).

- »Verstärkte Nutzung der Möglichkeit der freiwilligen Ausreise«: Auch hier sei »der enge Kontakt der Dienststelle zu den untergebrachten Personen sowie die Betreuung durch die zusammengefassten Funktionsbereiche und damit die Gewährleistung der Beratung aus einer Hand und mit einer Zielsetzung« (S. 19) wesentliche Voraussetzung.
- »Reduzierung von Doppelarbeit«: »Es soll künftig eine gemeinsame Anhörung und Erfassung von Ausländer- und Sozialdienststelle geben. Die Ressourcengewinne sollen für eine intensive Rückkehrberatung genutzt werden« (S. 19)

- »Verbesserte Möglichkeiten der Aufenthaltsbeendigung«: Personen, bei denen es »Anhaltspunkte für die Möglichkeit einer zeitnahen Aufenthaltsbeendigung« gibt, sollen »in der Erstaufnahme verbleiben«, womit »der direkte Zugriff der Ausländerbehörde« deutlich verbessert werde. »Vollstreckungsmaßnahmen« im Rahmen einer Abschiebung könnten so gesteuert werden, »dass die Personen vor Ort auch tatsächlich angetroffen werden« (S. 19)
- »Abgestimmte Entscheidungen nach dem AsylbLG und dem AuslG«: Neben oben schon erwähnten Leistungskürzungen kön-

nten auch durch »Einmalleistungen, wie z.B. der Übernahme der Kosten für die Passbeschaffung«, zusätzliche »Anreize zur freiwilligen Ausreise« gegeben werden.
- »Generalpräventive Aspekte«: Hamburg solle durch die Neuordnung »für illegale Einwanderer noch unattraktiver werden«.
- »Zügige Integrationsmaßnahmen« u.a. wegen der verringerten Anzahl der Personen mit Bleiberechtsperspektive.

Wohlgemerkt: All diese Punkte beschreiben eine Einreise-Einrichtung - mit Ausnahme des letzten Punktes geht es aber nur darum, wie Hamburg die eingereisten Menschen möglichst schnell wieder los werden kann!

Deshalb ist für uns klar: Bei der neuen »Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung« handelt es sich um ein kombiniertes Ein- und Ausreiselager, und die Mehrheit der hier ankommenden Flüchtlinge soll dieses Lager gar nicht mehr verlassen - außer zu ihrer Abschiebung bzw. sog. »freiwilligen« Ausreise!

Über den Ort für diese neue Einrichtung gab es in den letzten Monaten etliche Spekulationen, die meist über das »Hamburger Abendblatt« verbreitet wurden:
- Im Oktober sprach man von einem »Plan: »Asylbewerber und Senioren dicht an dicht« (HA 30.10.02) in einem Pflegeheim in Bahrenfeld unterzubringen. Nach Protesten aus der Nachbarschaft wurde dieser Plan fallengelassen - sofern er überhaupt je ernstgemeint war.
- Im November lautete die Überschrift: »Flüchtlinge in die Hafencity?« (HA 14.11.02), und es hieß, die »Bibby Altona« solle doch »vorübergehend« weiter genutzt, in den Baakenhafen verlegt und nach dem Vorbild der Erstaufnahme in Chemnitz umgestaltet werden. Aber offenbar ist der Umzug doch zu teuer und könnte in Kollision mit Olympia geraten.
- Am 24.1.03 titelte das »Abendblatt«: »Asylschiff bleibt«, und zwar in Neumühlen, mit verlängertem Chartervertrag und einer Polizeidienssstelle an Bord - »damit das Sicherheitsgefühl der Anwohner gesteigert wird«, wie ein Beamter des Bundesamts behauptet.

Schon die Tatsache, dass das Bundesamt in die Verhandlungen einbezogen wurde und die Ausländerbehörde sich die »Bibby Altona« bereits angesehen hat, deutet darauf hin, dass auch weitere Veränderungen anstehen. Die SozialarbeiterInnen wurden z.T. schon in andere Dienststellen versetzt. Schon länger gibt es auf den Schiffen Besuchsverbote, Zentralverpflegung und ständige Schikanen, Kontrollen und Misshandlungen durch die Wachdienste. Gleichzeitig werden auf allen Ebenen die Methoden zur Abschiebung verschärft:
- Durch Voranhörungen neu eingereister Flüchtlinge in der Ausländerbehörde werden viele in Transitstaaten zurückgeschickt, andere, die eine Duldung beantragen wollen, ins Asylverfahren gezwungen.
- Die Mehrheit der Asylsuchenden wird in andere Bundesländer verteilt.
- Den gleichen Zweck hat das systematische Ältermachen junger Flüchtlinge.
- Es gab wieder massenhafte Vorladungen zu Botschaftsanhörungen in der Ausländerbehörde, und selbst von ihrer Botschaft identifizierte Flüchtlnge werden weiter unter Druck gesetzt, sich schnellstens Papiere zu besorgen oder mit Leistungskürzungen bestraft zu werden.
- Festnahmen in der Ausländerbehörde sind inzwischen Alltag.
- Die Abschiebehaftanstalt in Glasmoor ist voll.

- Selbst kranke und traumatisierte Flüchtlinge werden in Nacht- und Nebelaktionen abgeholt und ins Flugzeug gesetzt. Die Hamburger Innenbehörde rühmt sich, mit 2966 Abschiebungen im Jahr 2002 alle bisherigen Zahlen übertroffen und Neuankömmlinge von Hamburg abgeschreckt zu haben.

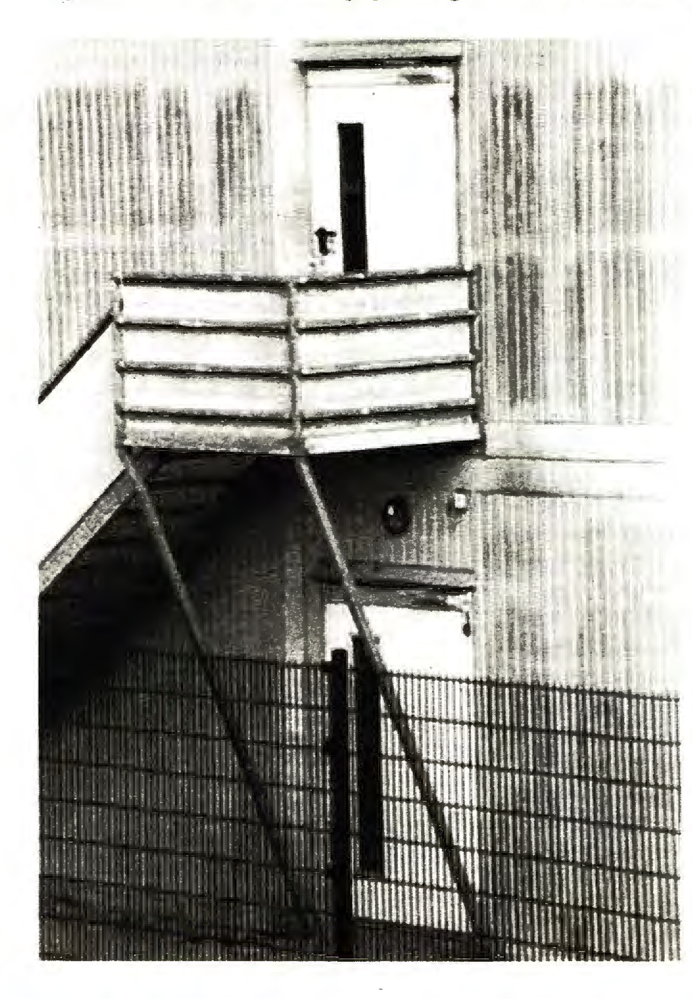
Parallel dazu hat die Sozialbehörde im Dezember ein Heim zur geschlossenen Unterbringung angeblich »gefährdeter« Jugendlicher eröffnet und plant weitere geschlossene Einrichtungen für Drogenabhängige und Prostituierte. Für ausreisepflichtige junge Flüchtlinge und illegalisierte MigrantInnen ist angeblich keine gesonderte Einrichtung mehr geplant - aber die sitzen inzwischen massenhaft in der Jugendhaftanstalt Hahnöfersand oder im UG. Der Widerstand gegen die GU bröckelt - u.a. mit Argumenten, die an die für die »Ausreisezentren« erinnern: Es sei doch »milder«, Menschen in solchen Einrichtungen statt in Gefängnissen unterzubringen. Nicht gesagt wird dabei, dass sowohl Ausreiselager als auch GU ja nicht als Alternative, sondern zusätzlich zu Jugend- und Abschiebehaft eingerichtet werden und nicht die bisherigen, sondern ganz neue Zielgruppen betroffen sind.

Wichtig ist, den Widerstand gegen all diese Konzepte und Maßnahmen zu verbinden, denn insgesamt wird klar:
Es geht bei den Konzepten der »Ausreisezentren« wie der »Geschlossenen Unterbringung« nicht um einen Ort, sondern um eine Methode, um ein System der zunehmenden Entrechtung von Menschen, um einen Umbau des Apparats mit dem Ziel, unerwünschte Personen möglichst schnell aus diesem Land los zu werden bzw. am Herkommen zu hindern oder sie zumindest nicht mehr als Subjekte mit festgeschriebenen Rechten hier präsent zu haben.

Wenn wir heute über möglichen Widerstand diskutieren, müssen wir deshalb überlegen,
- mit welchen Zielen und Forderungen
- an welchen Ansatzpunkten und
- mit welchen Bündnispartnern

wir diesem System der Entrechtung etwas entgegensetzen können.

Flüchtlingsrat Hamburg



Ausreisezentren und Lagerpolitik

Von Ruth Gobi

Von manchen wurde das kürzlich zuende gegangene Jahrhundert als das „Jahrhundert der Lager" bezeichnet. In dieser Hinsicht ist das Jahrhundert allerdings noch nicht zuende. Nicht nur in Deutschland werden neue Lager und Knäste für Flüchtlinge eingerichtet. Lager sind hierzulande alles andere als neu, denn ihre Geschichte reicht weit zurück, Lager für Flüchtlinge gab es bereits vor dem Nazi-Faschismus. Kasernierung und Lager-Unterbringung bis hin zur Internierung in den Abschiebeknästen ist für Flüchtlinge bis heute in Deutschland die vorgesehene „Wohn"-Form geblieben. Flüchtlinge sollen hier nicht wohnen, sie sind „untergebracht", zwecks Abschreckung, Isolation und Vertreibung. Dass diese übliche Unterbringung von Flüchtlingen in den meisten Bundesländern schönfärberisch „Gemeinschaftsunterkunft" oder „Wohnheim" heißt, macht sie nicht besser.

Die neuen „Ausreisezentren" stellen eine weitere Ausdifferenzierung des bestehenden Lager- und Internierungssystems dar. Sie sind gleichzeitig Symbol für den Charakter der Aussonderung in der modernisierten Migrationsgesetzgebung, in dem MigrantInnen nach dem Kriterium nationalökonomischer Verwertbarkeit neu kategorisiert und hierarchisiert werden. Der bedingte Einlass für die als Spezialisten Gebrauchten und die Zwangseinweisung in Vertreibungs-Lager für die Unerwünschten markieren die beiden Enden der neuen Hierarchisierungen. Es ist kein Zufall, sondern rot-grüne Sprachpolitik, dass die dabei verwendeten euphemistischen Begriffe das Gegenteil von dem suggerieren, was tatsächlich gemeint ist: ein „Zuwanderungsgesetz" sieht „Ausreisezentren" vor, in dem „Betreuung" und „Beratung" zur „freiwilligen" Ausreise führt.

Noch vor Verabschiedung der neuen Migrationsgesetzgebung, das die „Ausreisezentren" = Abschiebe-Lager institutionalisieren und legalistisch legitimieren soll, gibt es bereits sechs solcher Lager in vier Bundesländern. Jeweils 100 Plätze im Abschiebelager gibt es in Niedersachsen (seit 1998, je 50 Plätze in den ZASten Oldenburg und Braunschweig), Rheinland-Pfalz (seit 1999 Ingelheim, Anfang 2003 verlegt nach Trier) und Sachsen-Anhalt (seit Anfang 2002 in Halberstadt), bislang 50 Plätze in Bayern (seit September 2002 in Fürth, drei weitere Lager wurden angekündigt). Damit gibt es Ende 2002 schon 350 offizielle Plätze in Abschiebelagern, die explizit als



Modellversuche für „Ausreisezentren" eingerichtet wurden. Als erstes Bundesland hat Niedersachsen seit August 2000 die Modellphase seines Abschiebelager-Modellversuchs – erfolgreich im Sinne der Herrschenden – abgeschlossen, das Lager hat sich als „normale Einrichtung" etabliert. In Rheinland-Pfalz wurde der Modellversuch im Oktober 2002 ebenfalls zum Normalzustand erklärt. In Nordrhein-Westfalen war ein Modellversuch nach Unruhen im Lager und dem Suizid eines Flüchtlings 1999 wieder eingestellt worden.

Die Modellversuche gehen zurück auf eine Arbeitsgruppe der Innenminister der Bundesländer (der »AG Rück«), in der Maßnahmen zur Effektivierung von Abschiebungen entwickelt werden. Vorbild war ein früherer Modellversuch in den Niederlanden, der jedoch wieder eingestellt wurde – weil die beabsichtigten Abschiebungen sich nicht realisieren ließen, dafür aber massenhafte Illegalisierung. Die deutschen Abschiebelager sind konzipiert für Flüchtlinge, deren Asylverfahren zwar zuende ist, die aber mangels Papieren nicht abgeschoben werden können. Offizielles Ziel der Modellversuche ist „die Durchsetzung der Ausreisepflicht". Die Standard-Konstruktion für die Zwangseinweisung ins Abschiebelager ist die „Identitätstäuschung". Den Flüchtlingen im Abschiebelager wird unterstellt, ihre tatsächliche Identität zu verschleiern und selbst verantwortlich für die fehlenden Passpapiere zu sein, sie sollen ihre Pässe etc. versteckt und/oder andere Namen bzw. Herkunftsstaaten angegeben haben. Deshalb werden sie aus dem Abschiebelager heraus u.a. verschiedenen Botschaften vorgeführt, um die fehlenden Passersatzpapiere für eine Abschiebung zu beschaffen.

„Das Lager ist der Raum, der sich öffnet, wenn der Ausnahmezustand zur Regel zu werden beginnt." (G. Agamben)

Äußerlich ist zwischen den Lebensbedingungen der Flüchtlinge in den Abschiebelagern und denen in anderen Flüchtlingslagern - außer in Bayern - kein Unterschied zu erkennen. Die bestehenden Abschiebelager befinden sich auf dem Gelände bereits bestehender Lager für Flüchtlinge, meistens sind es sog. Erstaufnahmeeinrichtungen (ZASten; EA). Ein Gebäude, manchmal nur eine Etage, ist für das Spezial-Lager reserviert. Nur in Bayern ist das Sonderlager sichtbar als „Lager im Lager" markiert - Zaun, Drehkreuz und Wachdienst trennen es vom übrigen (insgesamt umzäunten, aber nicht zugangskontrollierten) Containerlager ab – die Flüchtlinge im Abschiebelager sprechen von dem „Käfig".

Die Flüchtlinge in den Abschiebelagern unterliegen, über die üblen Lagerbedingungen hinaus, der (unsichtbaren) Sonderbehandlung durch verschiedene Repressionsmaßnahmen. Im Text des Pseudo-Einwanderungsgesetzes wird das zynischerweise „Betreuung" und „Beratung" genannt. Hinter diesem sog.

„Betreuungskonzept" verbergen sich tatsächlich psychologischer und sozialer Druck: Repressionsmaßnahmen und Sozialtechniken, die der psychischen Zersetzung der Flüchtlinge im Abschiebelager dienen. Die sog. ausländerrechtlichen Beratungen entpuppen sich als zermürbende Befragungen mit Verhörcharakter, die durch die Einbindung der Sozialarbeiter und Dolmetscher als Spitzel Vertrauensbeziehungen unmöglich machen. Zum einen wird in diesen Befragungen mit Fragen nach Ernährungsgewohnheiten, politischen, geografischen und kulturellen Gegebenheiten nach Identitäts-Hinweisen gesucht (auch mittels Sprachanalysen durch externe Wissenschaftler auf der Grundlage von halbstündigen Gesprächsmitschnitten), zum anderen wird versucht, eine „freiwillige" Ausreise-Erklärung von den Flüchtlingen abzupressen.

Die sog. psychosoziale Betreuung umfasst ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die nicht deckungsgleich in allen Abschiebelagern eingesetzt werden: die Einschränkung der Bewegungsfreiheit per Residenzpflicht auf einen extrem kleinen Radius (Stadtgebiet); den völligen Entzug von Bargeld; die völlige Beschäftigungslosigkeit; Kontrollmaßnahmen (Anwesenheitskontrolle durch Essensausgabe; Meldeauflage bei den Behördenmitarbeitern); Zerstörung der Privatsphäre (unregelmäßige Zimmerdurchsuchungen auf der Suche nach Papieren, persönlichen Briefen oder anderen Dokumenten, die Auskunft über Herkunftsländer geben könnten.Gefundenes Geld, Handys u.a. werden konfisziert); Kriminalisierung durch Anwendung von Sonderstraftatbeständen (Anzeigen wegen mittelbarer Falschbeurkundung; Residenzpflichtverletzungen; Landfriedensbruch bei Protesten) – entsprechende Bußgelder können mangels Geld nicht bezahlt werden und summieren sich zu Strafhaft.

Bei den angewandten Maßnahmen ist der Phantasie der Abschiebungstechnokraten keine Grenzen gesetzt. In mehreren Abschiebe-Lagern gibt es eine „Spezialisierung" durch die Ausländerbehörde auf ein bestimmtes Herkunftsland/region: im Abschiebelager Braunschweig sind gezielt Flüchtlinge aus Buthan zwangseingewiesen, in den Lagern in Rheinland-Pfalz sind viele Flüchtlinge mit dem Herkunftsstaat China und in Fürth aus Osteuropa und den GUS-Staaten. In Fürth sind speziell Mitarbeiter aus diesen Herkunftsländern für die Befragungen eingestellt. In Braunschweig und Ingelheim (Rheinland-Pfalz) gehören durch die Ausländerbehörden initiierte Besuche in das Herkunftsland bis in die angegebenen Herkunftsorte der Flüchtlinge zu den anvisierten Maßnahmen der „Identitätsklärung".

Es sind nicht nur ausgefeilte ausländerbehördliche Maßnahmen, die in den Abschiebelagern eingesetzt werden. Wie in den vielen Sondergesetzen gegen Flüchtlinge und generell in der „totalen Institution" Lager ist es vielfach die Definitonsmacht über Alltagspraktiken, die in den Lagern wirkungsmächtig wird. In Braunschweig und Fürth wird das Essen z.B. zu Kontrollzwecken eingesetzt - indem in Fürth die Fresspakete für Flüchtlinge im Abschiebelager täglich ausgegeben werden (bei den Flüchtlingen auf demselben Gelände, die aber nicht im Abschieberlager sind, alle drei Tage). Ebenfalls in Fürth gibt es ein Besuchsverbot und ein Fernseh- und Radioverbot für die Flüchtlinge im Abschiebelager. Ein durch die Flüchtlinge selbstbeschaffter Fernseher wird zwar geduldet und eine Besuchserlaubnis kann im Einzelfall beim Regierungspräsidium beantragt werden, doch demonstriert diese Möglichkeit der „Generosität" umso deutlicher die Verfügungs-Macht der Herrschenden gegenüber der Entrechtung der Flüchtlinge im Lager.



Ziel dieser Maßnahmen ist - wie im Konzept zum Abschiebelager-Modellversuch in Rheinland-Pfalz ungeschönt eingestanden - die Zerstörung der Hoffnung. In der technokratischen Sprache der Abschiebe-Bürokraten klingt das so: „Bei den aufgenommenen Personen zeigt sich, dass die deutlichen Leistungseinschränkungen, der Ausschluss einer Arbeitsaufnahme sowie das sich in einem allmählichen Prozess entwickelnde Bewusstsein über die Ausweglosigkeit ihrer Lebensperspektive in Deutschland die Menschen in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit versetzt." Abschieben lassen sich nach wie vor die meisten Flüchtlinge im Lager trotz der Sondermaßnahmen zur Identitätsklärung und den offiziellen Absichtserklärungen nicht. Das Kalkül ist ein anderes: Ungefähr die Hälfte der Flüchtlinge in den Abschiebelagern wird seit Beginn der Modellversuche in die Illegalität getrieben. Die Abschiebelager praktizieren massenhaft Vertreibungs- und Illegalisierungspolitik.

Es gibt mittlerweile einige Berichte über Flüchtlinge, deren Herkunftsangaben trotz Passlosigkeit sich als zutreffend erwiesen haben. Wenn sie dennoch nicht abgeschoben werden können, müssen sie - so zumindest offiziell - wieder aus dem Lager entlassen werden. Die Abschiebelager sind jedoch im weitsten Sinne Experimentierfeld für neue Formen der Deportationspolitik. Nachgewiesenermaßen hat bislang mindestens ein Flüchtling die „intensive Identitätsklärung" im Abschiebelager inklusive Abschiebung mit Freiheit und Gesundheit bezahlt. Der Kurde Hussein Daoud aus Syrien, der nie eine andere „Identität" angegeben hatte, wurde aus dem Modellversuch in Braunschweig nach Syrien abgeschoben, dort inhaftiert und gefoltert und schließlich zu zweijähriger Haft verurteilt - aufgrund seines exilpolitischen Engagements. Hussein hatte sich im Braunschweiger Modellversuch u.a. an einem Hungerstreik gegen das Abschiebelager beteiligt, die Informationen über seine politischen Aktivititäten in Deutschland verdanken die syrischen Behörden allem Anschein nach der engen Kooperation mit den niedersächsischen Behörden im Abschiebelager, die auf offiziell nicht nachvollziehbaren Wegen an Abschiebepapiere für Hussein D. gekommen sind.

Abschiebelager sind keine Internierungslager, für diesen Zweck gibt es in Deutschland schon die Abschiebeknäste. Die extreme Beschränkung der Bewegungsfreiheit durch



Geldentzug, Auflagen und Sondergesetze kommt jedoch einer faktischen Beinahe-Internierung nahe, offen bleibt der Ausgang in die Illegalität. Was die rassistischen Sonder-Gesetze hergeben, wird in den Abschiebelagern gebündelt und in extremstmöglicher Form angewandt (Residenzpflicht; Asylbewerberleistungsgesetz, §1a etc.). Auch auf Sicherheitsgesetzgebung wird zurückgegriffen – in Niedersachsen werden Repressions-Maßnahmen im Abschiebelager mit dem Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz legitimiert, in Bayern die Verhörer im Abschiebelager aus dem „Sicherheitspaket zur Terrorbekämpfung" bezahlt. Die konzentrierte Anwendung von Sonder-Gesetzgebung kenzeichnet die spezielle Situation in den Abschiebe-Lagern – Ausnahmezustände, die zur Regel geworden sind.

„Wir sind hier nichts, wir sind hier niemand" (Flüchtling im Abschiebelager)

In die meisten Abschiebelagern werden nur alleinstehende Männer geschickt, in Einzelfällen auch Frauen, in Rheinland-Pfalz generell auch Familien. In alle bisher existierenden Modellversuche wurden Flüchtlinge zwangseingewiesen, die schon Jahre in Deutschland leben, deren Asylverfahren abgelehnt, die aber mangels Pass nicht abgeschoben werden konnten. Aktuelle Expansions-Pläne in der herrschenden Lager-Politik zielen auf weitere Flüchtlingsgruppen. In Niedersachsen finden sich entsprechende Pläne bereits realisiert in einem Lager in Bramsche-Hesepe bei Osnabrück, das seit 2000 besteht: hierher werden Flüchtlinge, auch Familien, direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung gebracht, deren Asylverfahren rechtlich noch nicht einmal abgeschlossen ist, bei denen aber mit einer zügigen Ablehnung und Abschiebung kalkuliert wird. Von behördlicher Seite wird betont, Bramsche-Hesepe sei kein „Ausreisezentrum", doch vom Innenminister wurde es – der Intention nach - in diesen Kontext eingeordnet. Die Flüchtlinge werden in diesem Lager ebenfalls einer „ausländerrechtlichen Beratung" unterworfen und dort offensiv – wie in den Abschiebelagern auch - zu „freiwilliger" Ausreise gedrängt. Das Lager Bramsche ist offiziell kein Modellversuch, sondern eine Außenstelle der ZASt Oldenburg. Direkt auf dem Gelände der ZASt Oldenburg befindet sich eines der beiden niedersächsischen „Ausreisezentren". Die Funktion des Lagers Bramsche ist die eines Sortier-Lagers, aus dem ein Großteil der Flüchtlinge in der Illegalität verschwindet, ein Teil abgeschoben bzw. „freiwillig" ausgereist und ein Teil aus dem Lager entlassen wird und in eine Kommune ziehen kann. Praktiziert wird jedoch auch hier Illegalisierungs- und Vertreibungspolitik gegenüber Flüchtlingen, und zwar schon in den ersten Monaten nach ihrer Einreise. Bayern hat ähnliche Absichten angekündigt und das Hamburger Kombimodell zwischen Erstaufnahmelager (EA) und Abschiebelager könnte zu einem Prototyp werden, wo sich EA und Abschiebelager dann ganz offen auf einem Gelände befinden.

Damit lassen sich die Wunschträume von Abschiebungstechnokraten realisieren: ein geschlossenes System der Lagerunterbringung, vom Aufnahme- ins Sortier- und dann ins Abschiebelager, ohne „Zwischenaufenthalt" in einer Kommune, wo sich durch soziale Kontakte und Beratungsmöglichkeiten Widerstände im Getriebe der Abschiebemaschinerie auftun könnten. Großbritannien unternimmt seit einiger Zeit flüchtlingspolitische Vorstöße mit schon länger existierenden Plänen, die Solidarisierungen und Bleiberechtsperspektiven für Flüchtlinge in der EU komplett unterbinden sollen. 'A New Vision for Refugees' ist ein Papier betitelt, das in England Anfang Februar 2003 präsentiert wurde. Es sieht die Etablierung eines neuen Lagerregimes für Flüchtlinge vor, aber nicht im eigenen Land, sondern als extraterritoriale Lager unter UN-Leitung in den Nachbarstaaten der Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen. Gemeint sind die zynisch „safe havens" genannten Lager, die in den jüngsten Kriegen zur regionalen Flüchtlingsabwehr aufgebaut wurden und gerade wieder an den Grenzen Iraks errichtet werden. Flüchtlinge, die es trotz der gestaffelten Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr an den Grenzen des Kriegsgebietes schaffen, in GB und der EU anzukommen, sollen nach diesen Plänen per Schiff oder Flugzeug in diese Lager deportiert werden und dort –zumindest formal - ein Asylverfahren durchlaufen können. Wenn dort jemand als politisch verfolgt anerkannt würde, dürfte er/sie theoretisch dann in die EU einreisen.

Lager sind ein konstitutives Element in der Abschottungspolitik der Metropolen. Die neuen, als „Ausreisezentren" maskierten Abschiebelager sind die Entsprechung im Inneren der Festung Europa zu den Lager-Gürteln an den Peripherien, rund um die Kriegs- und Krisenregionen. Jedoch - trotz aller strategisch-technokratischen Maßnahmen, der regionalen Fluchtverhinderung in Kriegs- und Krisenregionen durch Grenzaufrüstung und Lager, der Zerschlagung der Fluchtrouten, der militärischen Grenzaufrüstung auf den Meeren und an den Landesgrenzen, der Abschreckungs-Vertreibungs- und Illegalisierungspolitik in Europa, ist die Festung Europa nicht gegen die Autonomie der Migration von Menschen abschottbar.

Das Unterlaufen der Festung geschieht ebenso, wie die Abschottungs- und Isolationsfunktion der Lager nicht funktioniert, wenn der Widerstand und Protest der Flüchtlinge in den Lagern und Knästen nach außen dringt und sich mit Solidarisierung von außen verbindet. Die weltweiten Proteste vor und hinter den Zäunen und Mauern der Lager und Knäste, den Zonen der Entrechtung, stellen eine neue Frage: „How is your liberation bound up with mine?" formuliert sie ein Film über den Ausbruch aus dem Wüstenlager Woomera im letzten Jahr. Eine noch weiter reichende Perspektive formuliert Giorgio Agamben, italienischer Philosoph, der als Lager alle Orte der Entrechtung begreift, an denen sich eine Trennung zwischen „nacktem Leben" und mit (Bürger-)Rechten ausgestattetem Leben beobachten lässt – ob Altenheime, Embryonen-Forschung, Flüchtlingslager oder das Gefangenen-Lager Guantánamo: „Aus dieser Perspektive wird das Lager, dieser reine, absolute und unübertroffene biopolitische Raum (insofern er einzig im Ausnahmezustand gründet), als verborgenes Paradigma des politischen Raumes der Moderne erscheinen, dessen Metamorphosen und Maskierungen zu erkennen wir lernen müssen."

(G. Agamben, Homo sacer, 1995; dt: 2002)

Weitere Infos zu Ausreisezentren:

www.ausreisezentren.de

Kampagne keine/abschiebung/knäste/lager:

www.abschiebehaft.de

Aufruf zur Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager



Abschottung & Ausgrenzung

Flüchtlinge und MigrantInnen werden in Europa mit einem repressiven System konfrontiert.
Deutschland will sich lediglich den erwünschten ArbeitsmigrantInnen im Sinne der Standort-Logik des »Zuwanderungsgesetzes« bedingt öffnen. Doch weiterhin gilt: Wer die technologisch und militärisch hochgerüsteten Außengrenzen der EU überwunden hat, trifft auf deren Verwandte im Landesinneren. Nicht territoriale, sondern sozial bestimmte Grenzen durchsetzen das Innere des Landes mit einem dichten Kontrollnetz. Sie treffen Menschen, die aufgrund äußerlicher Kriterien als nicht deutsch kategorisiert werden.
Flüchtlinge und MigrantInnen müssen ständig mit »verdachtsunabhängigen« Kontrollen auf öffentlichen Plätzen, Straßen und im Umfeld von Bahnhöfen rechnen. Sie werden durch zahlreiche, gesetzlich fixierte Sonderbehandlungen stigmatisiert und isoliert. Beispielsweise dürfen Flüchtlinge den ihnen zugewiesenen Landkreis nicht verlassen. Viele sind in Sammelunterkünften untergebracht, in denen sie durch das sogenannte Sachleistungsprinzip
bevormundet werden. Auch wer eine Wohnung hat, bekommt in vielen Bundesländern statt
Bargeld Gutscheine, Chip-Karten oder Lebensmittelpakete.
Im Ausländerzentralregister sind alle notiert, deren Herkunft nicht deutsch ist. Diese Stichpunktliste ließe sich lange fortsetzen - Abschiebehaft und Abschiebelager reihen sich ein in den diskriminierenden Umgang mitunerwünschten Menschen.
Wesentlicher Baustein der deutschen Migrationspolitik ist die Abschiebepraxis. Jährlich werden über 50 000 Menschen aus Deutschland abgeschoben, die meisten von ihnen per Flugzeug. Das sind jeden Tag 130 bis 140 Menschen, die in die Situation zurückgezwungen
werden, vor der sie geflohen sind: Bürgerkrieg, ethnische oder sexistische Unterdrükkung,
politische Verfolgung, fehlende Lebensgrundlagen und -perspektiven. Wir halten dagegen:
alle Menschen haben das Recht, selbst zu bestimmen, wo und wie sie leben wollen.
Abschiebungen werden häufig durch BGSBeamte oder private Sicherheitsdienste begleitet,
die auch bereit sind, Gewalt anzuwenden, um die Abschiebung zu erzwingen. Wer sich wehrt, wird geschlagen, geknebelt und mit Psychopharmaka ruhiggespritzt. Dabei sind im Zusammenhang mit Abschiebungen aus Deutschland bereits mehrere Menschen getötet worden. Die Täter und die zuständigen Behörden wurden bisher nicht belangt, das Abschiebesystem nicht in Frage gestellt. Die toten und misshandelten Flüchtlinge und MigrantInnen sind bewusst in Kauf genommene Opfer einer brutalen Abschiebepraxis. Diese hat auch innerhalb des neuen »Zuwanderungsgesetzes« ihren Platz: In Zukunft soll es nicht weniger, sondern mehr Abschiebungen geben. Der Begriff »Abschiebehaft« spricht in der Verbindung von »Abschiebung« und »Haft« für sich. Denn allein zur Ermöglichung der Abschiebung von nicht aufenthaltsberechtigten Flüchtlingen und MigrantInnen nimmt man ihnen die Freiheit. In der Logik von Ausländerbehörden, HaftrichterInnen und Polizei
sind abgelehnte AsylbewerberInnen, aussortierte ArbeitsmigrantInnen oder ehemals geduldete Bürgerkriegsflüchtlinge nur eins: potentielle »Illegale«, die sich vermutlich der Abschiebung entziehen wollen.
Was aus behördlicher Sicht ein Akt der

keine abschiebung knäste lager



Verwaltung ist, ist für die betroffenen Menschen fatal: Der Freiheitsentzug ist für sie nicht nachvollziehbar. Sie erleben ihn als Einschüchterungsversuch und als Bestrafung für ihr bloßes Dasein. An ihrer Abschiebung in das Land, das sie aus Not verließen, sollen sie unter Haftbedingungen mitwirken.
Tun sie das nicht, bleiben sie im Gefängnis. Die erschwerte Kontaktaufnahme nach draußen isoliert sie. Die Wahrnehmung ihrer Rechte, sei es auch nur das der Haftbeschwerde, ist meist nicht möglich, da sie eine anwaltliche Unterstützung nicht finanzieren können. Revolten und Hungerstreiks sind die drastischsten, aber regelmäßig vorkommenden Versuche, aus der Gefangenschaft zu entkommen, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und gegen die zermürbende Ungewissheit zu protestieren. Doch häufig zieht der Aufenthalt in der Abschiebehaft weniger sichtbare Begleiterscheinungen nach sich:
Suizidversuche, Depressionen, Schlaflosigkeit, Stress, Dauermüdigkeit oder Angstzustände.
Denn am Ende wartet auf die Abschiebehäftlinge nicht die Entlassung, sondern die Abschiebung ins Herkunftsland. Wann und ob das geschieht, bleibt für die Insassen in der Regel nicht absehbar - ein Zustand, der bis zu eineinhalb Jahren andauern kann. Seit 1993 haben sich bereits 99 Menschen angesichts ihrer drohenden Abschiebung aus Deutschland das Leben genommen oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 45 in der Abschiebehaft. Abschiebehaft ist ein derart massiver Eingriff in die Freiheitsrechte und die Integrität von Menschen, dass sie ersatzlos abgeschafft werden muss.
Als Ergänzung zur Abschiebehaft findet in Deutschland zur Zeit eine neues Modell von Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge Verbreitung: Abschiebelager, die verharmlosend »Ausreisezentren« genannt werden. Dort werden Flüchtlinge festgehalten, die aufgrund fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können. Mit der unbefristeten Zwangseinweisung in Abschiebelager werden die betroffenen Flüchtlinge aus ihrem sozialen Zusammenhang herausgerissen, verlieren ihre Arbeit und müssen Wohnung und Freunde verlassen. Damit sollen sie zur »Mitwirkung« an ihrer eigenen Abschiebung gezwungen werden. Nach den Erfahrungen mit bereits bestehenden Modellversuchen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt ist nicht die massenhafte Durchsetzung der »Ausreisepflicht«, sondern die massenhafte Illegalisierung von Flüchtlingen das Hauptergebnis der Abschiebelager. Während durchschnittlich etwa zehn Prozent der Flüchtlinge abgeschoben oder zur sog. »freiwilligen« Ausreise gezwungen werden konnten, wurde fast die Hälfte in die Illegalität getrieben. In den bestehenden Abschiebelagern wird offensiv mit psychischem Druck und Kriminalisierung gearbeitet, um die Betroffenen, so die offizielle Formulierung, in eine »Stimmung der Hoffnungsund Orientierungslosigkeit« zu versetzen.

Der Katalog von Repressionsmaßnahmen umfasst den völligen Entzug von Geld und Verdienstmöglichkeiten, die Zerstörung jeglicher Privatsphäre und der Vertrauensverhältnisse durch Einbeziehung selbst von SozialarbeiterInnen als Spitzel, die totale Beschäftigungslosigkeit und zermürbende Kontrollmechanismen wie regelmäßige Meldeauflagen und Verhöre, weitestgehende Beschränkung des legalen Bewegungsradius und Haftstrafen als Folge von Sonderstraftatbeständen. Die offizielle Behauptung von Regierungsseite, die »Ausreisezentren« wären eine Alternative zur Abschiebehaft, erweist sich als nicht zutreffend, denn noch kein Bundesland hat nach Einführung der Abschiebelager die Abschiebehaft abgeschafft. Statt dessen dienen die Abschiebelager dazu, die Repressionsmöglichkeiten zur »Mitwirkung« bei der eigenen Abschiebung oder Vertreibung auf eine immer größere Zahl von Flüchtlingen auszuweiten. Aktuelle Entwicklungen in einigen Bundesländern zeigen, dass immer mehr Flüchtlinge diesem neuen Lagerregime unterworfen werden.

Wir wenden uns entschieden gegen das Universum der Lager und Knäste in Deutschland und Europa, das Ausdruck einer Politik sozialer Apartheid ist.
Für Freizügigkeit und Selbstbestimmung überall!
Beteiligt Euch an der Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager!

Haltet euch auf dem Laufenden unter www.abschiebehaft.de, unterstützt Initiativen und Gruppen vor Ort und steht damit ein gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager!

V.i.S.d.P.: Alexander Thal
Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager,
c/o Flüchtlingsrat Leipzig e.V.,
Projekt »Vernetzung von Abschiebehaftgruppen und -initiativen«,
Sternwartenstraße 4, 04103 Leipzig

Kreuzworträtsel

waagerecht

1. muss jedeR asylbewerberIn durch (13)
13. arsch der p-schicht (8)
14. eile (4)
15. für sammelbildchen (5)
16. schill soll es auch nehmen (6)
17. kann das alles schon machen (5)
18. für elektro fans (4)
19. engl. hören (4)
20. tutti (5)
21. nutzniesser der globalisierung (3)
22. auf der höhe der zeit (2)
23. spielten mal auf dem strassenfest (9)
24. ronalds herrchen (3)
27. tibeter (4)
28. schicksalsgöttin (3)
29. ihn trinken nützt der befreiung (3)
32. mensch soll den tag nicht vor ihm loben (5)
34. mann für law and order (6)
35. ital. note (2)
37. holl. eins (3)
38. span. ja (2)
41. span. artikel (2)
42. bullenschutz (6)
43. ... pot (3)
45. alle abschalten (3)
46. ist nicht geil (4)
47. ... und spiele (3)
52. natürl. aufputscher
53. soll still ruhen (3)
54. leicht reizbar (5)
55. jetzt (2)
56. steht im ausweis (5)
57. war mal arbeiterkampf (2)
58. muss weg (6)
59. präposition (2)
61. grenzstadt (4)
62. schlepper (4)
63. bestimmt das bewusstsein (4)
65. beliebte wohnform (2)
66. in ihm soll wahrheit liegen (4)
67. hilft bei verhaftungen (2)
68. himmelsrichtung (3)

senkrecht

2. ausreisezentrum (14)
3. freiheit in spanien (8)
4. ...schule (4)
5. wir haben euch was mitgebracht (5)
6. baskische befreiungsbewegung (2)
7. ene ... muh (4)
8. gut im ärmel zu haben (2)
9. übernahm die bank nach der revolution (3)
10. rechte hetze aus hessen (3)
11. grüne landschaften (4)
12. ulan ... (5)
25. tierrechtlerInnen (3)
26. gezeit (4)
30. bretagnens küste (5)
31. verlockten clash (3)
33. sport aus amsterdam (4)
36. heissgetränk (3)
39. manchmal ist alles ... (5)
40. wer zu ... den bestraft das leben (5)
44. wollte der bambule platz machen
48. viel ... um nichts (5)
49. milchliferant (3)
50. bullentransporter (5)
51. gewand der wurst (5)
60. wird überall gespielt (5)
64. ... zwei drei (4)
69. astra auf der insel (3)
70. wollen krieg (3)
71. wurde ermordet (10)
72. das ziel ist klar (10)

der lösungsatz besteht aus 10 worten mit folgender buchstabenzahl: 3, 2, 5, 6, 4, 3, 3, 7, 3, 7 und ist eine aufforderung!!!

___ - __ - _____ - ______ - ____ - ___ - ___ - _______ - ___ - _______

Kontinuität einer Unterbringungsform

Die geplante Neustrukturierung der bisherigen „Zentralen Aufnahmestelle" (ZAST) in Hamburg ist die konsequente Zuspitzung der Unterbringung von MigrantInnen in so genannten Sammellagern. Zwar suggeriert der Begriff der „Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung" (ZEA) in beschönigender Weise, es handele sich um einen Ort, an dem sich ankommende Flüchtlinge freiwillig aufhalten, um sich über ihren weiteren Aufenthalt in Deutschland zu erkundigen. Tatsächlich lässt sich aber anhand der aktuellen Planungen der Hamburger Innenbehörde erkennen, dass die Neuordnung der bisherigen ZAST allein der Beschleunigung der Abschiebung dient (s. Artikel Flüchtlingsrat).

Wesentliches Merkmal so genannter „Lager" ist der erleichterte Zugriff staatlicher Stellen auf Flüchtlinge und MigrantInnen sowie die möglichst umfassende Kontrolle über deren Leben.
Durch die geplante Umstrukturierung zur „Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung" wird der darin erfasste Personenkreis erweitert: Ein neuer Aspekt ist, dass dort künftig auch Frauen und Kinder bis zu ihrer Abschiebung festgehalten werden können. Zum anderen wird mit der ZEA ein Ort geschaffen, an dem auf Flüchtlinge und MigrantInnen mit fehlenden Papieren in so genannten „Beratungsgesprächen" so lange Druck aufgebaut werden kann, bis sie zur „freiwilligen Ausreise" bereit sind.
Die für Sammellager typische Isolierung und damit die Abschottung von der ansässigen Bevölkerung wird daher mit der geplanten Einrichtung in HH konsequent weitergeführt.
Gewollte Effekte sind hierbei die Abschreckung für Nachkommende und eine gezielte Stimmungsmache in der Bevölkerung.

Die Unterbringung von Asylsuchenden in Sammellagern besteht seit Anfang der 80er Jahre, nachdem die generelle Unterbringung von Asylsuchenden in Lagern in den Jahren zuvor vehement eingefordert wurde, um dem angeblich massenhaften Asylmissbrauch zu begegnen. 1982 wurde die Lagerunterbringung von Asylsuchenden im Asylverfahrensgesetz festgeschrieben. Bundesländer wie Baden-Württemberg „probten" bereits in den Jahren davor. Die offensichtlichen negativen sozialen Auswirkungen wurden bewusst in Kauf genommen, um mit der Lagerunterbringung ein weiteres Instrumentarium zu schaffen, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen gezielt zu verschlechtern. Und das, obwohl von Anfang an klar war, dass mit der Lagerunterbringung dreimal so hohe Kosten verbunden waren wie für die Unterbringung von Flüchtlingen und MigrantInnen in kleineren Wohneinheiten. Offensichtlich ging es aber nicht um die Kosten, sondern um eine bewusste Verschlechterung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Die anderen der Abschreckung dienlichen Maßnahmen waren die damals eingeführte Residenzpflicht, das generelle Arbeitsverbot im ersten Jahr (ab 1981 bereits zwei Jahre) und das so genannte Sachleistungsprinzip, die ebenfalls im Asylverfahrensgesetz ihren Niederschlag fanden.
Mit dem 1993 erlassenen Asylbewerberleistungsgesetz fielen Asylsuchende aus dem Bundesso-zialhilfegesetz heraus und damit auch aus allgemein gültigen gesellschaftlichen Bestimmungen.
Im Zuge der Verfassungsänderung des Grundrechts auf Asyl, der faktischen Abschaffung des Artikel 16a (Politisch Verfolgte genießen Asylrecht), beschloss der Bundestag auch gleich noch das so genannte Asylbewerberleistungsgesetz. Damit wurde eine Gruppe von Menschen aus der allgemein geregelten sozialrechtlichen Versorgung ausgegrenzt und in vielerlei Hinsicht schlechter gestellt als die anderen EmpfängerInnen von Sozialhilfe. Dies ist vom Ansatz her die Dehumanisierung einer Gruppe von Menschen, die sich überwiegend in existenzieller Not befindet.
In den später hinzugekommenen Ergänzungen wurde am 26. Mai 1993 mit den Stimmen der CDU/CSU, mit einem Großteil der Stimmen der FDP und mit einer Stimmenmehrheit der SPD das Grundrecht praktisch annulliert. In Kurzform:
Wer aus einem sicheren Drittland kommt genießt kein Asylrecht. Alle Staaten rund um Deutschland sind sichere Drittländer.

Und so funktionierts:
Die Unterbringung in Sammellagern zielt auf die räumliche Abschottung von der ansässigen Bevölkerung. Hierdurch gelingt es, Flüchtlinge zu ghettoisieren, sie über ihre „Lebensweise" zu stigmatisieren und für Anschläge zu exponieren. Zudem wird durch die räumliche Isolation von Flüchtlingen und MigrantInnen die bloße Möglichkeit der Solidarisierung einmal mehr verhindert. Fallen Berührungspunkte im Alltag weg, entstehen keine persönlichen Kontakte, wodurch ein weiteres wesentliches Element praktischer Unterstützungsarbeit entfällt.

Sammellager erhöhen die Angreifbarkeit, wie es die zahlreichen Brandanschläge und rassistischen Übergriffe in der Vergangenheit immer wieder gezeigt haben. Die Unterbringungsform beeinflusst aber gleichzeitig den Blick auf die BewohnerInnen der Lager und das Verhältnis der ansässigen Wohnbevölkerung zu ihnen. Von deren Warte betrachtet, prägt nicht das Lager seine BewohnerInnen, sondern es sind angeblich die BewohnerInnen, die der Lebensform Lager seine Gestalt geben. Die Abwehrreaktionen der Bevölkerung sind



gewollt, denn warum sonst werden Menschen in Lagern untergebracht, wenn nicht, weil sie „gefährlich", sprich „kriminell" sind. Die Argumentationsschiene, die dafür in der HERRschenden Logik herhalten muss, ist denkbar einfach, und gerade deshalb greift sie so gut. Gesetze definieren, welche Menschen ein Recht auf Migration, sprich Einreise in ein bestimmtes Land haben und welche nicht. Diejenigen, die aus den gesetzlich vorgesehenen Regelungen rausfallen, werden schnell zu „Illegalen", sprich „Kriminellen" abgestempelt.

Formiert sich bürgerlicher Widerstand gegen so genannte „Sammellager", geschieht dies in der Regel nicht aus humanitären Gründen, sondern vielmehr aus Angst vor „Überfremdung" bzw. Angst vor dem „Anderen" vor der eigenen Haustür – die Unterbringungsform an sich wird aber nicht in Frage gestellt, und dies ist gerade aufgrund der jüngeren deutschen Geschichte umso fragwürdiger.

Aber auch nach innen sind Sammellager wirkungsmächtig. Der Mangel an Rückzugsmöglichkeiten innerhalb des Lagers, die ständige Kontrolle und Reglementierung haben psychische und physische Auswirkungen auf die Flüchtlinge. Verhindert werden Versuche von Flüchtlingen, mit Landsleuten, politischen oder religiösen Gruppierungen oder der ansässigen Bevölkerung Kontakte aufzunehmen. Besonders die meist abgeschiedene Lage von Heimen und Lagern trägt hierzu bei. Und auch in Hamburg werden zukünftig die Bemühungen politischer Gruppen erschwert werden, mit den Flüchtlingen auf den Schiffen Kontakt aufzunehmen.

Was nun? Was tun?
Politischer Widerstand gegen die geplante Erstaufnahmeeinrichtung in Hamburg muss daher neben den zahlreichen anderen Aspekten auf die Lagerunterbringung zielen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass Menschen in derart entwürdigender und schädigender Weise untergebracht werden. Seit dem Schengener Abkommen sind sich die beteiligten EU-Länder einig über die Abschottung Europas. Die Richtlinien dafür werden in Gremien des Europarats festgelegt, die Umsetzung obliegt den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU.





„Die Europäische Union vereinheitlicht die Innen- und Justizpolitik. Ziel der Übung ist es, die Chancen auf Asyl in Europa weiter einzuschränken. Bereits in den Herkunftsregionen sollen die Wanderungsströme eingedämmt werden, die EU-Außengrenzen werden weiter ausgebaut. Wenn das alles nichts hilft, dann wird abgeschoben, was das Zeug hält.« denkpause. Informationen von Ilka Schröder, EU Parlament, 4.2.2002, S. 4.

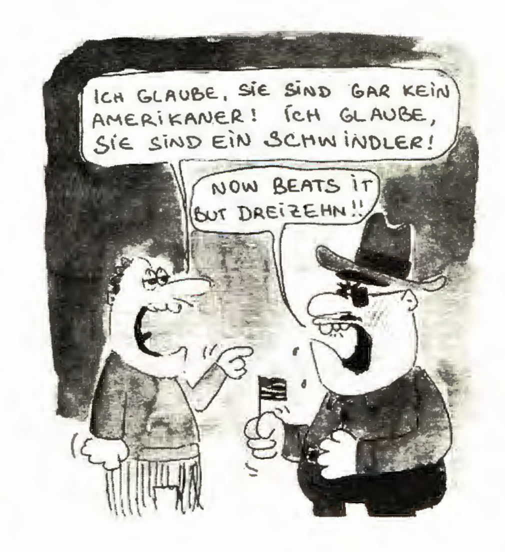
Und die einzelnen Länder sind durchaus bereit, auf „erfolgreiche" Maßnahmen der Nachbarländer zurückzugreifen, wenn es darum geht, die Mauern noch undurchlässiger zu machen. So wird z. B. in nächster Zeit die Residenzpflicht in Großbritannien eingeführt, entstehen z.B. in der Schweiz derzeit Ausreisezentren nach ähnlichem Muster wie in Deutschland.
Die westliche Welt macht dicht! Die Forderung für ein Europa ohne Mauern hat an Aktualität nicht verloren!

Zur Zeit trifft sich ein Bündnis diverser Flüchtlingsorganisationen, antirassistischer Gruppen und interessierter Einzelpersonen, das sich mit der Planung einer Aktionswoche im Rahmen einer größeren Kampagne beschäftigt. Der Termin für das nächste Treffen wird in der Radiosendung „Lagerschaden" bekannt gegeben, die am 9. März von 12–15 Uhr auf FSK gesendet wird. Unter SozialarbeiterInnen läuft gerade eine Diskussion an, inwieweit Unterstützungsarbeit weiter geleistet werden kann, wenn mensch sich damit immer weiter auf staatliche Einschränkungen einlässt (Stichwort: „indirekte Akzeptanz").

Und weiter gilt selbstverständlich: Sand ins Getriebe, wo es nur geht, um den HERRschenden die geplante Umsetzung so schwer wie möglich zu machen!

F.L.A.S.H. Hamburg

Kapitalistische Kriege und kapitalistischen Frieden bekämpfen!



Schröder hat es am 10.02.03 auf den Punkt gebracht. Das "Nein" der Bundesregierung zum Krieg gegen den Irak begründete er erstmals auch offen mit den weltpolitischen Ambitionen der US-Regierung. Der Dissens zwischen der Rot-Grünen Regierung und der US-Administration ist eben keine Meinungsverschiedenheit zweier befreundeter Staaten. Es handelt sich vielmehr um handfeste Interessensgegensätze zweier konkurrierender Machtblöcke. Auf der einen Seite die USA, mit deren militärischem Potential sich die EU keinesfalls messen kann und auf der anderen Seite das sich formierende Europa, in dem Deutschland und Frankreich einen klaren Führungsanspruch formulieren. Das dieser Führungsanspruch nicht überall in Europa auf Gegenliebe stößt, zeigt sich u.a. an der Solidaritätserklärung von acht europäischen Staaten mit den USA.

Deutsche Friedenspolitik

Seit dem Zusammenbruch des Warschauer Vertrages hat jede deutsche Regierung gezielt darauf hin gearbeitet, den deutschen Interessen auch wieder militärisch Nachdruck verleihen zu können. Das Zündeln im Balkan durch die einseitige Anerkennung Deutschlands von Slowenien und Kroatien als souveräne Staaten gipfelte letztendlich im Krieg gegen Jugoslawien. Ein Krieg, der weder von der UNO mandatiert wurde noch der Bewahrung der Region vor einer humanitären Katastrophe diente. Die aktuelle Regierung hatte mit der Warnung vor einem neuen Auschwitz im Kosovo und der Stiliesierung Milosevic zu einem neuem Hitler versucht, sich der eigenen Geschichte zu entledigen. In einem Atemzug wurde mit dem Ver- sprechen *"von deutschem Boden aus solle nie wieder Krieg geführt werden"* endgültig aufgeräumt. Den Änderungen der Richtlinien der Bundeswehr von 1992, den freien Zugang zu den Rohstoffen und Märkten überall in der Welt zu gewährleisten, wurde mit dem Krieg gegen Jugoslawien endgültig Rechnung getragen.

Aktuell ist die Bundeswehr mit großen Kontingenten in der Welt vertreten. Sei es in Afghanistan, im Balkan oder am Horn von Afrika – keinesfalls nur als Schutztruppe von der UNO mandatiert, sondern als reguläre deutsche Armee. Die rot-grüne Bundesregierung steigerte in den letzten Jahren die Zahl der eingesetzten deutschen Soldaten außerhalb des NATO Gebietes, von 2000 auf mittlerweile über 13.000. Die Bundeswehr hat durch ihre Auslandseinsätze etwa 60.000 Soldaten verplant oder gebunden. Diese Zahl ergibt sich aus den Zeiten, die zusätzlich zum Einsatz selbst für Ausbildung, Vor- und Nachbereitung sowie die Regeneration des Personals erforderlich sind. *"Deutschland stellt heute nach den Vereinigten Staaten von Amerika das zweitgrößte Truppenkontingent in internationalen Einsätzen zur Sicherung und Wahrung des Friedens."*

(Schröder in der Regierungserklärung am 13.02.03)

Das ausgerechnet diese Regierung bemüht ist, die Fahne der UNO als einziges integeres und berechtigtes Organ, das über Krieg und Frieden in Welt entscheiden darf, hochhält, spricht Bände. Nicht etwa eine neu entdeckte Liebe zum Frieden spricht da aus dem Munde von Fischer und Schröder, sondern das Wissen darum, das sich die USA nach einem gewonnenen Krieg gegen den Irak weitere Militärbasen in der Region sichern werden. Der Krieg gegen den Irak wird aufgrund weitreichender geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen geführt. Die globalen Konfliktlinien im neuen Jahrhundert verlaufen zwischen den USA, Europa, China und Rußland. Dem mittleren Osten und Zentralasien kommt in dieser innerimperialistischen Konkurrenz eine besondere Bedeutung zu. In einer Region also, deren Ölvorkommen die Basis aller kapitalistischer Wachstums- phantasien und damit auch deutscher Expansionsgelüste bilden.

Vor diesem Hintergrund ist auch das "Nein" der rot-grünen Bundesregierung zu einem Irakkrieg zu betrachten. Ein "Nein", das aus der deutschen Interessenslage und deren Möglichkeiten heraus betrachtet werden muß. Denn um nichts anderes als deutsche wirtschaftliche und politische Interessen geht es der Bundesregierung, wenn sie einen Krieg gegen den Irak ablehnt und sich konfrontativ gegenüber den USA und anderen Kriegsbefürworterinnen positioniert. So liegt es Deutschland an einer weitergehenden Einbindung des Nahen Ostens in das Einflussgebiet der EU, an Wachstum, Entwicklung und wirtschaftlicher Liberalisierung und Kooperation in der Region. Dieses Projekt steht und fällt aber mit der Befriedung des Nahen Ostens. Ohne Stabilität gibt es keine regionale Kooperation, keine ökonomische Liberalisierung und Intergration. Ein Krieg unter US-Hegemonie würde auch den deutschen Einfluß in der Region zurückdrängen und entscheidende Schlüsselpositionen militärisch, ökonomisch und politisch anderseitig besetzen. Die Unterschiede in den geopolitischen und ökonomischen Strategien und





Zielsetzungen resultieren nicht etwa aus einem wesenhaften Unterschied des deutschen und des US-amerikanischen Kapitalismus - sie sind viel mehr Ausdruck innerkapitalistischen Konkurrenz und der jeweiligen Ausgangsbedingungen zur Durchsetzung eigener imperialistischer Interessen. Auch der "deutsche Weg" beschreibt nur die Einsicht – nicht zuletzt wegen der derzeitigen militärischen Unterlegenheit Deutschlands und Europas gegenüber den USA – mit zivilen Mitteln mehr als mit militärischen gewinnen zu können.

FriedensFreunde unter sich

"Wenn aber heute Grüne und Sozialdemokraten wieder den Weg zur Friedensbewegung finden, dann sollte man sie herzlich willkommen heißen. Wir sind nicht nachtragend. Wir verzeihen alles ...." (Rede von Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag, am 30.01.03)

Wer schließt hier wen in die Arme? Über bleibt demnach nur noch der Schulterschluß: eine Bewegung die nicht opponiert, sondern ihre mehrheitlichen Sprecher regierungsunterstützend agieren und folglich dem deutschen Machtbestreben den Rücken stärken. Kritik reduziert sich darauf, dass sich die deutsche Regierung zu inkonsequent verhält, sprich sie sollte ihre Politik mit mehr Nachdruck durchsetzen, *"Kanzler Schröder hat richtig entschieden, die deutsche Beteiligung am nächsten Golfkrieg - sei es mit Truppen, sei es mit Geld – auszuschließen. ...."* und weiter *"Konsequenterweise müßte nun auch die logistische Hilfe entfallen."* (Reinhard Mutz, 6. September 02, »Freitag«)

Solche Stellungnahmen resultieren leider nicht aus der ablehnenden Haltung zum Imperialismus als Ausdruck kapitalistischer Vergesellschaftung, sondern reduzieren die Kritik auf die Form und die Vorgehensweisen, wie mit anderen Mitteln zu gleichen Ergebnissen zu kommen ist. Dabei wird eine euro - chauvinistische Variante favorisiert: *"... Denn die Erfolge der EU liegen in der wirtschaftlichen und sozialen Integration - nicht nur innerhalb der Union, auch in Ihren außenpolitischen Leistungen und Dimensionen wie z.B. in der Osterweiterung, in der Mittelmeerpolitik, in der Politik gegenüber den AKP-Staaten. Und solche Politik ist durchaus interessenkonform und funktional - auch wenn sie keineswegs frei ist vom Streben nach Dominanz: Investitionen brauchen Freiheit, sprich: Marktfreiheit. Und: Rechtssicherheit! Diese ist aber nur zu haben um den Preis von Demokratie und Gewaltenteilung."* (Werner Ruf, auf dem Friedenspolitischen Kongress in Hannover, 31. August 2002.)

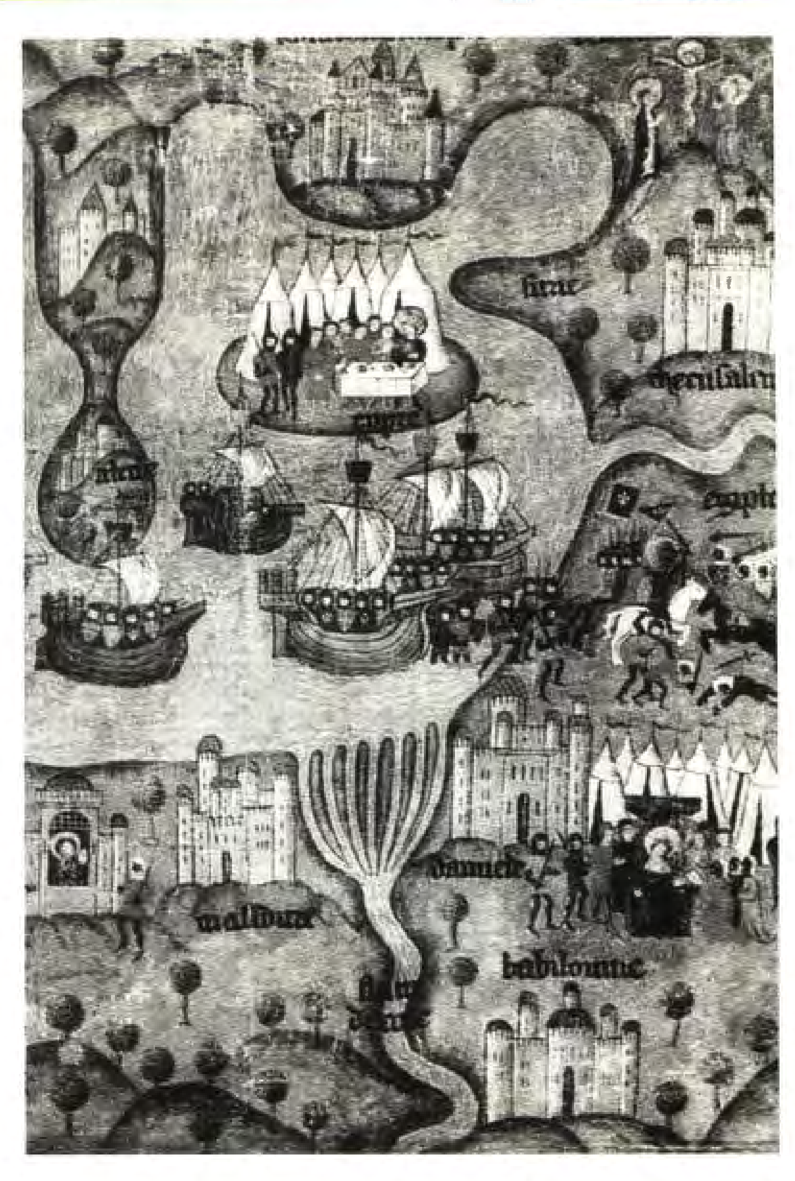
Keimt dann zwischendurch die Erkenntnis über diverse Hintergründe auf, "ganz offensichtlich geht es den Regierungen der USA und Großbritanniens dabei nicht um Menschenrechte und Demokratie, sondern um politische und wirtschaftliche Interessen in einer der ölreichsten Regionen der Erde" (Resolution ver.di Berlin am 18.01.03.) wird immer den USA, aber niemals der eigenen Regierung ein solch niederes Interesse vorgeworfen.

Eine Erklärung dafür bietet Werner Ruf: *"... hätte dieser Krieg mit Sicherheit eine Explosion des Ölpreises zur Folge. Dies aber träfe die Europäer und Japan ungleich härter als die USA, die - noch - etwa zehn Prozent ihrer Ölimporte aus der Region beziehen, Europa aber vierzig und Japan gar siebzig Prozent. Eine solche Entwicklung wäre ein vernichtender Schlag für die Konkurrenzfähigkeit europäischer (und japanischer) Produkte auf dem Weltmarkt."*

Und wenn es ums Geld geht, dann wird auch einem deutschem Friedensaktivist seine



Herkunft schnell bewußt. Hierbei werden dann munter mal andere Töne angestimmt: *"wer Freund und wer Feind ist, bestimmt die US-Politik durch das freie Ermessen. Kann sich Europa dem anschließen? Soll das Qualitatsprädikat "Westen" noch irgendeinen Sinn haben, dann darf die westliche Welt ihrer Vormacht auf diesem Weg nicht folgen. Wo der Zweck die Mittel nicht heiligt, schänden die Mittel den Zweck."* (R. Mutz) Hier wird dem deutsch-europäischen Geist ein besonnenes, kultiviertes, zivilisierendes etc. Politikverständnis attestiert. Was überbleibt, zwar richtig, ist der Unterschied das die US-Politik bei der Irak-Frage aggressiver vorgeht als die der Anderen. Sicherlich für die Bevölkerung im Irak existenziell, doch für die Politik hier sind das nur vorgeschobene Argumente, die die eigentlichen Interessen im kapitalistischen Konkurrenzkampf auf internationaler Ebene überdecken.
Wer das sog. Qualitätsprädikat "Westen" für gut heißt, reproduziert genau diese Verhältnisse, die immer wieder zu Krieg geführt haben. Wer in der notwendigen Ablehnung des geplanten US-Krieg gegen den Irak, die USA mit dem kapitalistischen Weltsystem gleichsetzt, will die hiesigen und weltweiten Herrschaftsverhältnisse nicht wahrhaben. Mit Antiamerikanismus läßt sich in Deutschland schnell eine breite Basis finden. Mit emanzipatorischer und revolutionärer Politik hat das nichts zu tun. Der US-Imperialismus wird in Europa und insbesondere in Deutschland leicht als alleiniger Verursacher der weltpolitischen Unordnung ausgemacht – die USA selbst sind zu einem Synonym für den weltweiten Kapitalismus geworden. Die politische und millitärische Rolle Deutschlands und der EU wird mittlerweile auf Friedensdemonstrationen als positiver Gegenpol zu den USA aktzeptiert und begrüßt.



Mobilmachung nach innen

Scheinbar paradox mag vor dem Hintergrund des Friedenskurses deutscher Außenpolitik zunächst auch die sich vollziehende Mobilmachung nach innen wirken. Einerseits wurde mit der gleiche Rhetorik - die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, mit der andernorts im Moment ein Irakkrieg legitimiert wird, eine Reihe von Sicherheitsgesetzen verabschiedet. Andererseits wird entlang einiger Hochwasserkatastrophen das Bild vom Militär als Freund und Helfer inszeniert, um schließlich offen über Militäreinsätze (gegen Sportflugzeuge) im Inneren zu diskutieren. Auch vor dem Hintergrund eines "Neins" zum Irakkrieg wird hier eine Militarisierung der Innenpolitik im Speziellen und deutschen Politik im Allgemeinen vorangetrieben. Das dazu notwendige nationalistische "Wir", das durch innere und äußere Feinde bedroht ist, wird dabei ideologisch zum einen über die gleichen Bedrohungsszenarien aufgebaut, mit denen zuvor noch Kriege begründet wurden, zum anderen über das mehr oder weniger offene Formulieren deutscher Interessen auf internationaler Ebene.

Der Bezug auf westliche Werte und Ideale, die Menschen- und Völkerechtsrethorik, die in diesem Fall als Anti-Kriegsrhetorik daherkommen entpuppt sich - wenn aktuell schon nicht als offene Kriegsrhetorik - so doch als Versuch, auf ideologischer Ebene das Formulieren deutscher imperialisitischer Interessen und eine überwachungsstaatliche und militaristische Logik akzeptabel zu machen.
Diese Bedingungen gegenwärtiger kapitalistischer Verhältnisse gilt es sich zu vergegenwärtigen, wenn man sich gegen den Irakkrieg ausspricht und nicht im Schulterschluss mit der Bundesregierung eine imperialistische Politik die man an den USA kritisieren mag, an anderer Stelle fortsetzen will.

Unsere Widerstands-Perspektive

Linke Kritik am Krieg muß am weltweit herrschenden Prinzip des Kapitalismus selbst ansetzen. Wenn wir versuchen, daraus praktische und inhaltliche Konsequenzen zu ziehen, kann es vielleicht wieder möglich werden eine Position gegen den Krieg zu entwickeln, die die Perspektive auf gesellschaftliche Emanzipation mit einschliesst. Das hiesse zunächst, die deutsche kapitalistisch-imperialistische Verfasstheit mit einzubeziehen und an dieser anzusetzen. Dies würde nicht nur der Anschlussfähigkeit reaktionärer antiamerikanischer Positionen an die eigenen unterbinden, sondern wäre ein Schritt in die Richtung, kapitalistische Verhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen.

Denjenigen Linken, die sich aktuell auf der Seite der USA für den Krieg positionieren, nicht zuletzt weil sie sich von diesem einen zivilisatorischen Fortschritt im Irak nach dem Machtwechsel erwarten, muß eine antikapitalistische Kritik ebenfalls entschieden gegenübertreten. *»Wer seine Hoffnungen auf imperialistische Kriege projiziert, begleitet nur wohlwollend neue Massaker und die permanente Auswechslung von Tyrannen.«* (R. Trampert)

Halluzinationen platzen lassen!
Kein Friede mit Deutschland und der EU!
Kein Krieg gegen den Irak!
Revolution statt neue Weltordnung!

Autonome Gruppen, Hamburg

Rechtspopulismus

Wer wir sind.was wir wollen

Es war im vergangenen Frühjahr, nicht nur das Wetter in Hamburg war 'less then amusing', auch die gesellschaftlichen Verhältnisse schienen unter dem neuen Senat zu erstarren. Grund genug für einige sich zusammen zu setzen und sich zumindest warme Gedanken darüber zu machen was nun zu
tun sei. Ergebniss war das Land in Sicht Camp, welches unlängst vom Hamburger Abendblatt posthum in den Rang eines Festivals erhoben wurde. In der Vorbereitung und auch auf dem Camp gab es zahlreiche Anstrengungen sich theoretisch und praktisch dem Rechtspopulismus in Hamburg zu nähern. Der Konflikt um die Räumung der Bambule war für einige aus der Vorbereitungsgruppe dann erneut ein Anlaß, die im Sommer diskutierten Positionen zu durchwühlen und sie in den Kontext der aktuellen Auseinandersetzung zu stellen, ähnlich wie es die Gruppe Demontage bereits in der letzten Ausgabe tat.
Voila.

Zum Rahmen der Aufführung

Kaum einer wird es entgangen sein: Der Sozialstaat fordistischer Prägung steht vor dem Ausverkauf. Was Reagonomics und Thatcherismus in anderen Teilen der Welt bereits durchgezogen haben, holt die rotgrüne Regiergung jetzt nach – etwas, an das sich die Kohl-Administration übrigens nie so richtig rangetraut hat.
Beschäftigungsverhältnisse werden flexibilisiert und prekarisiert, Flächentarifverträge stehen zur Disposition. Im Renten- und Gesundheitssystem findet in bemerkenswerter Offenheit ein Abschied vom Solidarprinzip statt. Gesägt wird an den gesellschaftlichen Institutionen, die – wenn auch unter der Prämisse des Zwangs zur Arbeit – ein gewisses Versprechen für eine Existenzgarantie im Kapitalismus gaben. Das Geld, was für diese 'Existenzgarantie' aufgewendet wurde (in Form von Soziallöhnen), soll jetzt umverteilt werden.

Dahinter steht die zunehmende Macht des Kapitals mittels erhöhter Mobilität immer größere Segmente des Proletariats auf immer größer werdenden geographischen Einheiten in direkte Konkurrenz zu setzten. Effektive Gegenstrategien sind nicht in Sicht – nicht zuletzt, weil die Mobilität der 'Ware Arbeitskraft' massiv reguliert wird (Festung Europa).

Doch um antikapitalistische Widerstandsperspektiven geht es der politischen Klasse auch nicht – Markt und Kapital sind unverrückbare Grundlagen, und so wird auf auf diesem Parkett nach der adäquaten Methode gesucht, in der globalen 'Standortkonkurrenz' gut auszusehen. 'Strukturfördernde Massnahmen', Subventionen und andere wirtschaftpolitische Ausgaben sind nichts anderes als beschönigende Bezeichnungen für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in private Taschen – wer am effizientesten umverteilt hat in der Standortkonkurrenz gewonnen.

Ein entscheidender Nebeneffekt davon ist es, dass immer weniger Geld in den öffentlichen Haushalten für eine Verteilung anhand von 'politischen', was heisst öffentlich diskutierten, programmatischen Kriterien zur Verfügung steht. Das Geld geht in die Wirtschaftförderung (direkt als Subvention oder Strukturmassnahme oder ebenfalls direkt als Steuersenkung), getarnt in diversen 'Sachzwängen'. Damit schwindet auch die Legitimation der klassischen 'Parteiendemokratie', die auf relativ großen Gestaltungsspielräumen beruht. Auf der Erscheinungsebene verdrängen die Sachzwänge des globalisierten Kapitalismus die Spielräume der Politik, PolitikerInnen werden zu grauen BürokratInnen, die nur noch verwalten, aber nicht mehr gestalten – was die Tür für Populisten aller Couleur öffnet, die antreten, die Politik (also das gestaltende Element) zurückzuerobern, als vermeintliche Alternative zum System der 'Altparteien'.

Ob, und welcher Populismus in einer Gesellschaft verfangen kann, ist zum einen davon abhängig ob charismatische Führungpersönlichkeiten überhaupt vorhanden sind (was in der BRD bis dato nicht der Fall ist), vor allem aber auch davon, an welche gesellschaftlichen Erzählungen und Muster diese anschließen können. So brach Pim Fortyn in den Niederlanden das Tabu der religiösen Liberalität, in dem er gegen Muslime hetzte, ein Sujet mit dem sich Bayern (Kruzifixdebatte) kaum die Rolle des autoritären Rebellen mimen läßt. Als aktuelles bundesdeutsches Beispiel eines tiefgreifenden, weitverbreiteten Resentiments, bzw. einer Erzählung im Dienste des Rechtspopulismus kann der Antisemitismus Marke Möllemann dienen, der, um in den ZuhörerInnen Bilder in Bewegung zu setzen, nur wenige Sätze zu Israel in ein Flugblatt füllen mußte, und schon war den meisten LeserInnen implizit klar wer »die Guten«, wer die »Bösen« sind, und was zu tun sei, ohne das Mölleman dieses näher erklären mußte.

Wie breit der oben beschriebene politische Raum ist, den Populisten ausfüllen können, zeigt sich im internationalen Vergleich: In Östereich wurde sie von faschistischer Seite ausgefüllt, in Hessen und Bayern gibt es Bemühungen von Konservativen, in Hamburg und den Niederlanden von neoliberalen, autoritäreren Einzelpersonen mit angegliederten Wählervereinen.



Autoritäre Rebellion

Ob der Verlust an ökonomischen Spielräumen, also den Möglichkeiten Finanzen nach politischen Prioritäten zu verteilen, auf tatsächlichen Sachzwängen oder nichtöffentlicher Wirtschaftspolitik (also

bewust getroffener Entscheidungen) beruht ... hängen bleibt etwas, was als Verschwimmen der Parteigrenzen wahrgenommen wird und zum beschleunigten Legitimationsverlust der klassischen Volksparteien beiträgt. Diese Abkehr von den Volksparteien drückt sich in Hamburg neben einer stark ansteigenden Zahl von Wechselwählern vor allem in einem immer wieder auftauchenden Filzvorwurf aus.* Im vergangenen Wahlkampf wurde dieser, neben der Hetzkampagne gegen vermeintliche schwarze Dealer, als Generalargument gegen die »Altparteien« in Stellung gebracht.

»Die Wahl des autoritären Populisten läßt sich daher als 'autoritäre Rebellion' begreifen, als einen Scheinaufstand gegen alte Autoritäten, die 'schwach' geworden sind, und deshalb den Zorn der ohnmächtigen auf sich ziehen.«(Schiedel)

Mit dem 'Filzvorwurf' zieht dann auch noch der Diskurs um 'ehrliche' Arbeit gegenüber 'ungerechtfertiger Vorteilsnahme' ein. Den Zusammenhang von Rechtspopulismus und Arbeitsbegriff, bzw. Arbeitsethos möchten wir aber auf einen späteren Artikel vertagen.



Die Krise des Sozialstaats in Folge der neoliberalen Globalisierung, wird von den WählerInnen autoritärer Populisten also personalisiert, und auf das individuelle Versagen einzelner Politiker und damit ihrer Parteien zurückgeführt. Neben der Erklärung diese seien einfach schwache Führungspersönlichkeiten, wird immer häufiger auch das Muster des Verrates an dem 'kleinen Mann' zugunsten einer übergeordneten Größe, einer wie auch immer gearteten Verschwörung gegenüber bedient. Dieses antisemitische Muster spielte in Hamburg zwar keine Rolle, der Fall Möllemann, und die Tiraden Haiders gegen Israel zeigen jedoch wie virulent dieses Politikmuster zur Zeit ist.

Kleiner Mann was nun

Die immer neuen Rationalisierungs- und Deregulierungsschübe erzeugen eine Art 'Verflüssigung' der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ein beamtenartiger Beschäftigungsstatus, wie sie die industriellen Kernbelegschaften kannten, ist Geschichte. Die Bereitschaft sich den kapitalischen Verwertungsbedingungen unterzuordnen, bedeutet nicht mehr automatisch Karriere, Eigenheim, Kleinfamilie und Rentenanspruch (und Langeweile). Die Deregulierung trägt die Konkurrenz, und damit die Möglichkeit des Scheiterns und des Ausschlusses – kurz der sozialen Deklassierung - wieder in die Mitte der 'Kernbelegschaften' – dem klassischen Klientel der Sozialdemokratie, des 'kleinen Mannes', in der Hoffung ungenutzte Verwertungspotentiale aktivieren zu können (was angesichts der 'Lohnverzichts'/'Bündnis für Arbeit'-Debatten wohl auch funktioniert).

»Der heutige Rechtspopulismus hat seine Klassenbasis im vom realen oder vermeintlichen Abstieg bedrohten Kleinbürgertum und in wesentlichen Teilen des deklassierten Proletariats« wie es die Gruppe Demontage beschreibt. Und so nimmt es nicht Wunder wenn sich Jörg Haider öffentlich zum eigentlichen politischen Erben der alten Sozialdemokratie ernennt, und auch die Schillpartei in den ehemaligen sozialdemokratischen Hochburgen ihre besten Ergebnisse erringt.

Der autoritäre Reflex antwortet auf die Verflüssigung mit der Forderung nach Dämmen in Form von unumstösslichen (nicht diskutierbaren) Ordnungsdiktaten. Dass dieser Ruf nach 'law and order' an den gesellschaftlichen Ursachen der Verflüssigung und der Deklassierungsbedrohung nicht rührt, ist dabei nebensächlich – wichtiger ist dessen psychologische Funktion der Alltagsstabilisierung. Wenn Tony Blair behauptet: 'law and order is a labour issue', dann ist er damit auf perverse Weise auf der Höhe der Zeit.

Ordung jedoch gibt es nur im Kontext der Unordung – Ordung für sich allein existiert nicht. Damit geht der Ordungsdiskurs über die Schiene des 'ordentlichen Wohlverhaltens' gegen das 'unordentliche Fehlverhalten' unmittelbar in einen Diskurs von Ein- und Ausschluss über.

Die logische Kette, nach der sich das Bündniss des autoritären Führers und seiner Wählerschaft strukturiert, fanden wir sehr passend bei Hirsch/Roth beschrieben mit:

»Wesentliches Merkmal eines autoritär populistischen Diskurses ist es, daß er reale gesellschaftliche Konflikte und Klassengegensätze systematisch dethematisiert. Er bezieht sich dabei auf einen alltagssprachlichen common sense...., und mobilisiert disparate Unzufriedenheit, Resentiments und Gruppeninteressen,...und bindet diese idelogisch so zusammen, daß die bestehenden Zustände sich bei den Betroffenen selbst legitimieren.«

Ein Beispiel für das Aufgreifen des common senses mag in Hamburg die Wiedereinführung der geschlossenen Heime sein. Obwohl sich die gesamte Fachwelt, Fachgremien und Lehrkapazitäten der Hansestadt gegen diese Einrichtungen aussprechen, beharrt das Sozialministerium auf seinem Kurs. Direkt mit der Frage nach einer fachlichen, sozialpädagogischen Begründung konfrontiert, beschränkte sich die Antwort der Ministeriumsleitung allein auf den 'ausdrücklichen Wählerwillen, zu bestrafen', und der Küchentischpädagogik des Hamburger Abendblattes. Wie schon bei der Figur der »schwarzen Dealer« wird im Fall der depriviligierten jugendlichen Straftäter mit großem medialen Aufwand ein Bedrohungspotential aufgebaut, dass dann durch den »magischen Helfer«, hier Schill, mit einer einfachen und schnellen Lösung des common senses gelöst wird: wegschließen und schon ist »Ruhe im Karton«.

Der Maßstab der dabei ergriffenen Maßnahmen ist dabei die Abfuhr des aufgestauten Hasses, der Kränkung, bzw. des Resentiments, und nicht die effektive Lösung eines Problemes. Leo Löwenthal spricht in diesem Zusammenhang von »umgekehrter Psychoanalyse«, bei der neurotische Ängste und kognitive Verunsicherungen aufgegriffen werden, und mit dem Zweck systematisch verstärkt werden, den Patienten nicht mündig werden zu lassen«. Der Agitator, hier Schill,

bietet sich den »kleinen Leuten« zur Delegation der Aggression und Racheimpulse an. Stellvertretend für sie lebt er diese an Ersatzobjekten aus, die zumeist die »Nicht - identischen« also die Anderen sind. In der öffentlich inszenierten Exekution der »finalen Lösung« eines imaginierten Problems an Achidi John, fand dieses Verlangen im Falle Hamburgs sein Fanal.

Ein kurzer Winter der Anarchie, Bambule vs. Schill

»Der autoritär-populistische Diskurs ist inhaltlich schwer kritisierbar, beruht er doch offenkundig nicht auf der Absicht, durch rationales Aufstellen rationaler Ziele Anhänger zu gewinnen, sondern auf psychologischer Berechnung« (Adorno, zitiert bei Schiedel).

So fachlich richtig und inhaltlich wertvoll die zahlreichen Stellungnahmen der von Abwicklungen betroffenen Fachverbände (Drogeneinrichtungen, Ausländerbeauftragete, Frauenprojekte, Bündnis gegen Geschlossene Unterbringung) sind, als Interventionsform gegen den autoritären Populismus nützen sie reichlich wenig. Wegweisender scheint hier die Zuspitzung des Bambule Konfliktes zu sein. Noch zu rotgrünen Zeiten hätte er kaum die politische Brisanz erreicht, die ihm, auch von uns, beigemessen wird. Vermutlich hätte es Verhandlungen gegeben, ein Wohnprojekt wäre aus der Taufe gehoben worden, oder eine andere »kreative« Lösung zur Befriedung des Konfliktes ála Flora wäre gefunden worden. Doch ein Konflikt wie jener um die Bambule ist für einen autoritären Populisten nicht integrierbar, da gesellschaftliche Konflikte im Weltbild des autoritären Populisten nicht mehr als solche verhandelt werden, sondern als Normabweichung und Regelverstoß, repressiv abgearbeitet werden. Die Verhandlung von divergierenden Interessen schließt sich in diesem Gesellschaftsentwurf per se aus. Es verwundert daher kaum, dass die große Mehrheit der am 25.2.03 vom Hamburger Abendblatt zu Verhandlungen mit Bambule befragten Abgeordneten der Schillpartei wenig mehr zum Bambule Konflikt zu sagen hat als ihre Kollegin Karina Weber, die es auf den Punkt bringt - ein knappes: »Ich bin auf jeden Fall dagegen. Nach dem Bauwagengesetz ist Wohnen im Bauwagen nicht zulässig. Wir sind gewählt worden um rechtsfreie Räume zu beenden«.

Es ist der große Verdienst von Bambule die umfassende Hegemonie dieses Diskurses als Teil der autoritären Formierung an einem Punkt durchbrochen zu haben, indem sie die öffentliche Verhandlung eines sozialen Konfliktes erzwangen, wo die autoritäre Formierung nur repressive Abwicklung vorsieht. Im Moment als in den Medien, von der TAZ bis zum Abendblatt, der Ruf nach Verhandlungen laut wurde, waren die eingefrorenen Hamburger Verhältnisse das erste Mal seit langer Zeit aufgebrochen. Spätestens an dieser Stelle konnte sich das rechtpopulistische Eskalationsdrehbuch, nach dem fast alle hamburger Konflikte des vergangenen Jahres inszeniert und durchgesetzt wurden, nicht mehr halten. Da es zwischen dem autoritär repressiven Anspruch (Schill) und dem repressiv toleranten Verhandlungsansatz (SPD, von Beust) keine Vermittlung geben kann, birgt die Zuspitzung des Bambule Konfliktes, das Erzwingen von Verhandlungen in »Schillernen Zeiten« weit mehr Sprengkraft in sich als noch im traditionell sozialdemokratischen Hamburg. Dass es Mitte Februar über die Frage ob ein Platz auf dem Gelände der DB AG in Altona von der Stadt angeboten werden soll, zum offenen Koalitionsstreit kam, ist demnach nur folgerichtig.

Wie konnte das passieren

Zunächst einmal müssen wir feststellen, das der Bambule Konflikt den herrschenden Diskurs in Hamburg an einer Stelle durchbrochen hat und ihn so in seiner monolithischen Absolutheit in Frage stellt. Gleichzeitig jedoch setzt sich die autoritäre Formierung und ihre Projekte in anderen Bereichen ungehindert fort. In der ersten Dezemberwoche wurde das neue geschlossene Heim eingeweiht, die Pläne zum Ausreisezentrum Hamburgs konkretisieren sich, die Straßensozialarbeit für Obdachlose wird an die Wand gefahren etc., all dies ohne größere politische Resonanz.

Was ist an Bambule anders als an Achidi John?

Kampagnen von RechtspopulistInnen zeichnen sich durch Grenzziehung aus: Wer gehört dazu und wer nicht. Im Falle der Bambule ist die Grenzziehung gründlich misslungen: Zunächst einmal war der Straftäterdiskurs den Schill gegen die Bauwagen in Stellung gebracht hatte nur sehr schwach, dazu noch stümperhaft vorbereitet. Falsch Parken, und der Verstoß gegen den Hygiene common sense reichen zwar für einen reißerischen Artikel, aber kaum als Grundlage einer Kampagne gegen junge Szene AktivistInnen. Hier erscheint Schills Fehler Nr.2. Die Objekte seiner Kampagne waren, im Karoviertel, keine gesellschaftlich Marginalisierten, sondern zum Teil Menschen des Szeneestablishments. Sie eigneten sich denkbar wenig um an ihnen den oben beschriebenen Ausschluß / Einschluß zu vollziehen. Durch den Angriff auf die Bambule fühlten sich nicht nur die üblichen 300-400 »Verdächtigten« betroffen, wie etwa im Fall des Mordes an Achidi John, sondern ein ganzes Milieu bis hinein in den grünen, Peter Lustig guckenden Mittelstand, verstand die Räumung der Bambule auch als Angriff auf den eigenen Lebensentwurf.

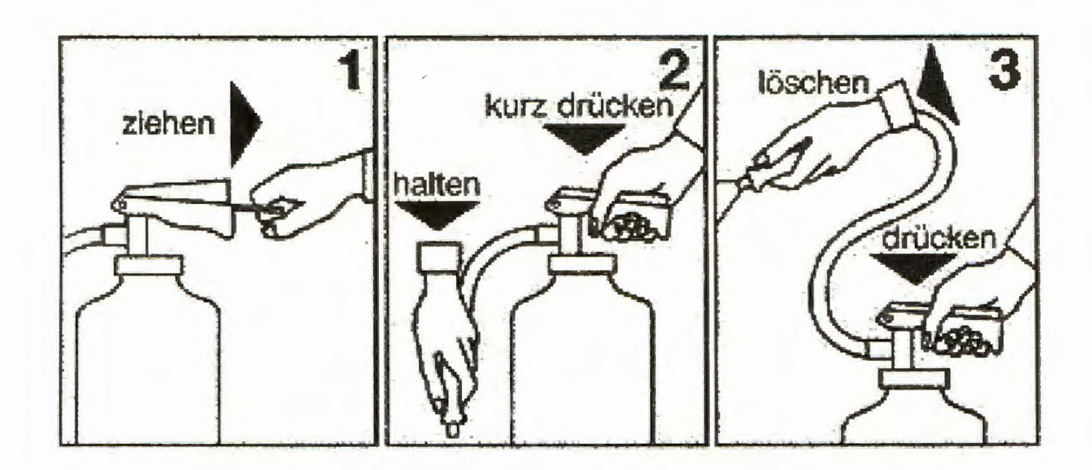
Es ist davon auszugehen, dass eine Kampagne, hätte sie Sinti oder Roma getroffen, wesentlich erfolgreicher gewesen wäre, da mit dem Antiziganismus ein etabliertes 'Ausschlusskriterium' vorhanden ist, dessen Ausdruck nicht zuletzt die Geschichte des hartnäckigen Vorhandenseins des hamburger Bauwagengesetzes ist.

Des weiteren bewirkte die zum rechtpopulistischen Drehbuch gehörende martialische Polizeiarmada im Karoviertel das genaue Gegenteil von dem was sie bewirken sollte. Statt einschüchternder Inszenierung der staatlichen Machtfülle, wurde aus ihr eine skandalöse Brüskierung der BewohnerInnen durch ausufernde Polizeigewalt. Eine Inszenierung, die Schill spätestens dann außer Kontrolle geriet, als sich Beamte gegenseitig verprügelten und sich Einsatzleiter auch öffentlich nicht mehr hinter seine Eskalation stellen wollten. Eine Inszenierung, wie sie auch schon aus dem Wendland bekannt ist, wo AnwohnerInnen schon Wochen vor einem CASTOR-Transport von Knüppelgarden drangsaliert, bedroht und schikaniert werden – und darüber zu glühenden AtomkraftgegnerInnen werden.

Gegengifte

Wir halten es über den rein Bauwagen-technischen Konflikt hinaus für richtig und notwendig den Bambule Konflikt weiter zu eskalieren. Er ist wie oben aufgezeigt zum einen für einen rechtspopulistischen Diskurs nicht zu integrieren, zum anderen bedeutet das Erzwingen von substanziellen Verhandlungen ein Durchbrechen autoritärer Konfliktbewältigungsstrategien an einem symbolträchtigen Punkt.

Darüber hinaus finden wir es wichtig die Bemühungen der Menschen im Karoviertel und ihre Organisation besser zu unterstützen. Mit ihrer offensiven Selbstermächtigung, die sich in der Forderung »Bambule zurück ins Karoviertel« äußert, stellen sie ein exemplarisches Gegengewicht zur politischen Artikulation des »kleinen Mannes« dar. Zumeist denunziatorisch, immer jedoch



appelativ, deligiert er (und sie natürlich auch) ihre Forderungen nach oben weiter und ermächtigt so erneut den Populisten. Die Figur des »kleinen Mannes« ist dabei grundsätzlich nicht emanzipatorisch zu wenden, versteht sie sich doch immer als Objekt, nie als Subjekt des Politischen.

Das Karoviertel, so wie es sich spontan und offensiv dem staatlichen Kontrollzugriff entgegengestellt hat stellt darüber hinaus auch geographisch eine symbolische »Wunde« in der Geographie der autoritären Formierung dar, deren Ordnungsanspruch ja absolut ist: rechtsfreie Räume darf es auf keinen Fall geben.

Der König und sein Narr

Bis hier hin haben wir versucht den Hamburger Rechtspopulismus aus verschiedenen Richtungen zu beleuchten. Doch im Schatten dieser Auseinandersetzung hat sich in den Vergangenen Monaten die regierende Koalition aus Schillpartei, FDP und CDU in einem Maße konsolidiert, das vor wenigen Monaten noch für unmöglich gehalten wurde. In den Monaten nach den Wahlen stellte sich die sog. »Bürgerblockregierung« noch als recht inkonsistentes Zweckbündnis dar. Die CDU war immer noch nicht stärkste Partei und auf Gedeih und Verderb auf die mehrheitsbeschaffenden Stimmen der beiden kleinen Parteien angewiesen. Die FDP, die es gerade so über die 5% Hürde geschafft hatte und lediglich einen Senator stellt, konnte nur schwer über ihre Bedeutungslosigkeit hinwegtäuschen, und der Schillwählerverein schien sich neben den Eskapaden seines großen Vorsitzenden vor allem durch Diletanz und Vetternwirtschaft hervorzutun. So klar das strategische Interesse der einzelnen Parteien in dieser Koalition benannt werden konnte, so wage, ja wackelig sah es bei den Gemeinsamkeiten aus. Nicht wenige hofften daher, dass sich diese Regierung auf die eine oder andere Weise sehr bald überworfen haben würde.

Es bedarf daher einiger Erklärung wenn nach dem ersten Jahrestag der Regierungsübernahme Ole von Beust der beliebteste Politiker Hamburgs ist, die CDU in Umfragen über 10% vor der SPD liegt, und sich die Koalition insgesamt konsolidiert hat.

Statt durch die Ausfälle Schills, beispielsweise bei seiner Rede im Bundestag, geschwächt zu werden, bzw in eine Position zu geraten, welche die Koalition gefährden würde, gelang es von Beust sich durch die Domestizierung des Populisten in die Position des »elder-statesmen« zu manövrieren. Besonders deutlich wurde dies im Rahmen der vorweihnachtlichen Bambule Demonstrationen. Während sich Schill in immer hysterischere Gewaltszenarien verrannte, denen zuletzt selbst die Polizeileitung nicht mehr folgen mochte, nahm von Beust Schill das Heft aus der Hand und beauftragte Wellinghausen mit Verhandlungen. In dieser Position erwies sich von Beust als verlässlicher Partner der Hamburger Wirtschaft, die zurecht um ihr Weihnachtsgeschäft und die Olympiabewerbung bangten.

In ihrem Verhältnis gleichen Von Beust und Schill dem des Königs und seines Narren. Als narzistischer Einzeldarsteller bietet der Narr ein grotesk, beängstigendes Schauspiel, in dem er die Emotionen des Publikums aufgreift und verstärkt. Seine Themen sind dabei grob überzeichnet (Giftgas gegen Geiselnehmer, demonstrationsfreie Monate, u.ä), doch bergen sie immer auch ein ernst zu nehmendes Element hinter dem auch der König steht. Der König erfährt aus der Reaktion des Publikums auf den Narren vieles, was er in seine Politik integrieren kann und kann den Zorn des Publikums über Untaten seiner Vasallen (die meisten Kürzungen in HH werden von CDU Senatoren vorgenommen, Geschlossene Heime, Arbeitsszwang für SozialhilfeempfängerInnen usw.) auf ihn umleiten (Schill ist nach aktuellen Umfragen der unbeliebstete Politiker Hamburgs). Vor allem ist es den Zuschauern auf den teuren Plätzen wichtig zu wissen, dass der König den Narren, wenn er zu laut wird, oder ihnen zu nahe kommt, an der Kette zurückziehen kann. Der König, und dies wird in solchen Situationen überdeutlich klar ist der eigentliche Strippenzieher. Das hier beschriebene Verhältniss von Konservativen zu »ihren« autoritären Populisten ist keine Hamburger Lokalcolouratur. Auch in Österreich, wo sich Schüssel nach dem Ende der blau schwarzen Koalition konsolidiert hat und in den Niederlanden, in denen die Konservativen unlängst Neuwahlen gewannen, läßt es sich beobachten.

In keinem Fall jedoch gelang es der angeschlagenen Sozialdemokratie ihre verlorenen Wählerschaft in vollem Umfang zurück zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund verbietet es sich wie viele es still und heimlich tun, die Hände in den Schoß zu legen und zu warten bis die nächsten Wahlen kommen. Eine weitere Schlußfolgerung aus der Parabel bedeutet, den König, nicht nur den Narren angreifen zu müssen, um die Verhältnisse zu ändern. Der Sturz des Narren alleine wird nicht reichen. Doch wie den König vom Pferd ziehen, wenn nicht durch Überflutung des neuen Airbuswerkes, dann vielleicht durch die Sabotage der Olympiabewerbung Hamburgs? Es bleibt spannend, bleiben sie dran.

hier könnte Ihr Gruppenname stehen (hkIGs)

Hirsch/ Roth: 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg
Heribert Schiedel: 2002: Thesen zum aktuellen »Rechtspopulismus in Europa«
sowie Mitschriften langer Debatten auf dem Camp, div. Texte aus der Campvorbereitung, z.T. auf der Homepage http://landinsicht.nadir.org – im Archiv von www.nadir.org finden sich übrigens noch weitere Bücher zum Thema als PDF zum freien download.

Randale! Bambule! Hamburger Schule!



Wer sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres vor dem Schlafen gehen noch einmal nach draußen begab, um durch das Hamburger Vergnügungsviertel St.Pauli, das Schanzen- oder das Karolinenviertel zu schlendern, stellte dabei oftmals ganz eigene Erwartungen an das nächtliche Unterhaltungsprogramm, die zumeist nicht enttäuscht werden sollten. Vielleicht hatte man vorher in der WG-Küche noch kurz das Radio angeschaltet, um sich über den aktuellen Ort des Geschehens zu informieren, vielleicht zog man aber auch einfach los mit der Gewissheit, schon irgendwo auf die »Schill muss weg«- und »Bambule«-Sprechchöre zu treffen. Darüberhinaus boten Blaulichter und permanente Sirenengeräusche verlässliche Orientierungshilfen, meistens wiesen einem Wasserwerferstrahlen und manchmal sogar der Flutlichtkegel eines Hubschraubers den direktesten Weg.

Am 4.11.2002 wurde der Bauwagenplatz Bambule im Karolinenviertel früh morgens von einem Großaufgebot der Polizei geräumt. Zwei Stunden später zogen die Bauwagen in Begleitung etlicher Wasserwerfer, Räumpanzer und anderer Polizeifahrzeuge durch die Stadt. Dieser recht skurrile Umzug ließ den Verkehr in Hamburg weitestgehend zusammenbrechen und tausende Autofahrer stundenlang im Stau stehen. Am Abend desselben Tages kam es zu einer ersten Spontandemo mit 700 Menschen, der die Polizei mit Schlagstock- und Wasserwerfereinsätzen gegenübertrat. Es entwickelte sich eine Dynamik, die keiner für möglich gehalten hatte. Anstatt sich wie üblich am offiziellen Abschlussort aufzulösen, zog die Demo angetrieben von den immer wiederkehrenden »Weiter«-Rufen stundenlang durch die Straßen. An jeder Kreuzung wurde die weitere Laufrichtung spontan entschieden und stellte auf diese Weise die Polizei vor erhebliche Probleme. Diese Dynamik sollte auch die Proteste der folgenden Wochen prägen. Über zwanzig Demonstrationen, an denen sich bis zu 5000 Menschen beteiligten, fanden im November und Dezember des letzten Jahres statt. Das Spektrum der Beteiligten ging dabei weit über die autonome Szene hinaus. Zudem beschränkte sich der Widerstand gegen die Räumung des Bauwagenplatzes nicht nur auf Demonstrationen, sondern fand in vielfältigen Praktiken, wie eingeworfenen Schaufensterscheiben von Banken und Kaufhäusern, einem Laternenumzug, Sleep-Ins in der Innenstadt, Diskussionsveranstaltungen, Dokumentarfilmen und einer Konzertreihe bekannter Hamburger Pop-Bands seinen Ausdruck.

Eine wichtige Rolle spielte während der gesamten Zeit der linke Radiosender Freies Sender Kombinat (FSK), der nicht nur zu den jeweiligen Veranstaltungen mobilisierte, sondern darüber hinaus in deren Verlauf mit Live-Schaltungen ausführlich über die aktuellen Entwicklungen informierte. Zugleich beteiligte er sich auch mit eigenen Aktionen an den Protesten. Viele hundert Menschen folgten an einem Samstagnachmittag dem Aufruf »Kauft keinen Scheiß! Kauft Radios!« von FSK zum öffentlichen Radiohören im Vorweihnachtsgeschäft, um auf diese Weise das während der gesamten Proteste verhängte Verbot von Demonstrationen durch die Innenstadt zu unterlaufen. »Die über den Raum verstreuten Hörerinnen und Hörer bilden in ihrer Zerstreuung einen gemeinsamen akustischen Raum. In diesem Raum erklingen Töne und Inhalte, die aus der Innenstadt ausgeschlossen waren. Die Klänge der Bambule-Demos suchen die Einkaufenden heim.« (FSK)

Der Hamburger Rechtssenat setzte bei der Räumung und im Verlauf der darauf folgenden Proteste zunächst allein auf polizeiliche Repression. In einem Interview mit der Bild-Zeitung äußerte sich der rechtspopulistische Innensenator Ronald Schill: »Nach dem erfolgreichen Einsatz der Polizei werden sie die Lust an der Randale verloren haben. Deeskalation wie in früheren Zeiten macht ihnen nur Lust zu Gewalt.« Der seit 1987 bei der Polizei angestellte Politologe, der bei Demonstrationen als Deeskalationsbeauftragter wirken sollte, wurde entlassen. Erst als es unter dem Eindruck zunehmender Polizeibrutalität (man hatte mittlerweile mehrere Unbeteiligte PassantInnen sowie eine Gruppe eigener Zivilbeamter verprügelt) zu einem Umschwung in der medialen Berichterstattung kam, lenkte der Senat ein und stimmte Verhandlungen mit VertreterInnen des Bauwagenplatzes zu. Bis heute haben diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt.

Bezeichnenderweise entsteht jetzt auf dem ehemals von der Bambule besetzten Grundstück eine Kleingartenkolonie. Dieser grelle Kontrast zwischen dem Bauwagenplatz auf der einen und den Schrebergärten auf der anderen Seite ist der Ausgangspunkt unserer Analyse. Ausgehend von diesem Widerspruch werden wir versuchen, auf die Frage, welche Bedingungen jene Dynamik, sowie die Breite dieser Bewegung in den letzten Monaten

ermöglichten, eine Antwort zu finden.

Der Bauwagenplatz Bambule wurde Anfang der 90er Jahre im Karolinenviertel, das im Zentrum Hamburgs liegt, gegründet. Von der Stadt geduldet, lebten zuletzt 40 Menschen in alten Zirkuswagen, umgebauten Bauwagen und LKWs auf einem besetzten Grundstück und der dort angrenzenden Straße. Im Jahr 1994 scheiterte ein Räumungsversuch, nachdem es schon im Vorfeld - quasi als präventive Maßnahme - zu heftigen Straßenschlachten mit der Polizei gekommen war. Bambule ist einer von vielen Bauwagenplätzen in ganz Deutschland. Ein Bewohner aus Hamburg beschreibt die Motivation, auf solch eine Weise zu wohnen wie folgt: »Wir leben auf einem besetzten Stück Land was für uns auch in der Kontinuität der Häuserbewegung steht.«
Einen weiteren wichtigen Anreiz, um sich für eine solche Wohnform zu entscheiden, stellt zudem der Umstand dar, keine hohen Mieten bezahlen zu müssen. Bauwagenplätze stehen nicht nur auf besetzten, sondern auch auf gepachteten Grundstücken, wobei einige dieser Plätze geduldet, andere jedoch von der Räumung bedroht werden. Die Entscheidung, auf einem Bauwagenplatz zu wohnen, hat zudem nicht nur materielle Gründe. Besonders das Bedürfnis nach kollektiven Wohnformen jenseits der Familie ist eine wesentliche Motivation für diese Lebensweise.

Im Aufruf für eine Demonstration in Hamburg im Jahr 1994 heißt es: »Für uns stellt Wagenleben auch noch eine der wenigen Möglichkeiten dar, mit vielen anderen zusammen wohnen zu können und sich nicht mit höchstens 2 oder 3 anderen in eine Wohnung quetschen zu müssen.« Außerdem ist auch der Wunsch nach Beweglichkeit und Flexibilität nicht zu vernachlässigen: »Das Fahren ist genauso ein Teil des Wagenlebens wie das Durchsetzen von Plätzen in Vierteln, wo wir stehen und leben wollen. Indem wir uns bewegen und die Orte wechseln können, haben wir auch oft mit verschiedenen Gegenden und vor allem Menschen zu tun, die uns von sich erzählen und umgekehrt (...) Das Leben in die eigenen Hände zu nehmen, ist für uns hier Wirklichkeit geworden.« (Aufruf für die bundesweite Aktionswoche, die 1991 von den Hamburger Bauwagenplätzen organisiert wurde) Autonomie und Eigenverantwortung gehören zu den Bedürfnissen, die von BauwagenbewohnernInnen formuliert werden. Auch Ökologie und nachhaltiger Umgang mit Resourcen spielen eine wichtige Rolle, weshalb viele Bauwagenplätze sich als »grüne Nischen in der Stadt« begreifen.

Die Anfänge der Bauwagenplätze in Deutschland gehen bis in die 70er Jahre zurück, wobei ihre Geschichte eng mit der Revolte gegen die Disziplinierung verknüpft ist. In Kommunen, Wohngemeinschaften, besetzten Häusern, Bauwagenplätzen und anderen experimentellen Wohnformen finden die neuen Bedürfnisse ihren Ausdruck. Die ersten Bauwagen tauchten im Zusammenhang mit Musikfestivals in Form von Verkaufsständen auf, deren BetreiberInnen in umgebauten Zirkuswagen wohnten. Die erste Generation von WagenbewohnerInnen siedelte sich in den 70er Jahren im Umfeld von Kommunen und WGs auf dem Land an. Erst Mitte bis Ende der 80er Jahre tauchten die Bauwagen im Kontext der ausklingenden Hausbesetzerbewegung in den Städten auf. Auch die Lage des Bauwagenplatzes Bambule verweist auf diesen Zusammenhang. Das Karolinenviertel und die angrenzenden Viertel waren eines der Zentren der Hausbesetzerbewegung in den 80er Jahren, die in den Auseinandersetzungen um die Hafenstraße ihren Höhepunkt fand.

Kleingärten stehen für all das, wogegen sich die Kämpfe nach 1968 gerichtet haben und ihre Geschichte ist eng mit der Geschichte der Disziplinierung verknüpft. Kleingärten waren immer wieder Gegenstand staatlicher und philanthropischer Interventionen. Sie bildeten einen wichtigen Stützpunkt bei dem Versuch, die ArbeiterInnen zu disziplinieren. Im Jahr 1850 verfasste der selbstständige Buchhalter Franz August Adolf Garvens unter dem Eindruck der gescheiterten Revolution von 1848 eine Denkschrift, in der er die Schaffung von Kleingärten befürwortete, um die »zwischen den verschiedenen Classen eingetretene Spannung und Spaltung schwinden zu machen«. Dem die Sittlichkeit und den Fleiß fördernden Kleingarten stellt er St.Pauli gegenüber: »Ceres, Pomona und Flora haben hier ihren bescheidenen Sitz aufgeschlagen, nicht weit davon treibt Venus vulgivava ihr abscheuliches Unwesen. Ein greller Contrast.«

57 Jahre später übernahm die Patriotische Gesellschaft die Verwaltung der Grundstücke, auf denen sich Kleingärten befanden. Der Vorsitzende der Patriotischen Gesellschaft, der Arzt Georg Hermann Sieveking, bezeichnete die Kleingärten als »Pflegestätte der Familie« und stellte sich damit in die Tradition von Garvens. Im Jahr 1923 beschrieb der Leiter der Kleingartendienststelle, Karl Georg Rosenbaum, Kleingärten als ein »notwendiges Gegengewicht gegen die Fabrik und Kontorarbeit«. Der Arbeiter »ist in seiner Freizeit dem Wirtshaus, der Agitation entzogen. Er schafft über die vorgeschriebenen 8 Stunden hinaus nützliche Arbeit. Er hat einen »Besitz« und hierdurch Achtung vor dem Besitz des Nächsten. Er kommt zurück zur Scholle, und das abhandengekommene Heimatgefühl lebt wieder auf.«

Die Kleingärten fügten sich ein in die »Strategie der Familiarisierung der unteren Schichten« (Donzelot), die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte. Daneben waren auch Volkserziehung, Sonntagsruhe und die Unterweisung in häuslicher Hygiene von hoher Bedeutung. Im Mittelpunkt dieser Strategie stand die Sozialwohnung. Der Bau von Sozialwohnungen richtete sich gegen die in den unteren Schichten übliche Aufnahme von Untermietern, durch welche die Wohnung zum öffentlichen Raum wurde, und darüber hinaus gegen die »Versuchung des Außen, das Wirtshaus und die Straße«. An die Stelle der verwinkelten und unübersichtlichen Gänge und Häuser trat die Mietskaserne. Jacques Donzelot schreibt über die in Sozialwohnungen lebende Kernfamilie: »Als isolierte Zelle ist sie fortan stärker der Überwachung ihrer Abweichungen ausgesetzt.« An die Stelle der vielfältigen sozialen Verbindungen, die eine Voraussetzung für Revolten bilden, trat die Kernfamilie.

Michel Foucault schreibt in »Überwachen und Strafen«: »Einerseits zwingt die Normalisierungsmacht zur Homogenität, andererseits wirkt sie individualisierend.« Die von Foucault am Beispiel des Gefängnisses beschriebenen Machttechniken gelten auch für die Sozialwohnung und den Kleingarten. Die Disziplinierung der ArbeiterInnen bildete eine wesentliche Voraussetzung für die industrielle Produktion, die in der Fließbandarbeit ihren Höhepunkt fand. Die Verbindung von Kleingarten und fordistischer Fabrik gipfelte 1954 in der beginnenden standartisierten Massenproduktion von Gartenlauben. Die Typenlaube mit zwei Modellen, dem »Hambuerger« und dem »Nürnberger Typ« verhalf dem Versuch, das Erscheinungsbild der Kleingärten zu vereinheitlichen zum endgültigen Durchbruch. Diesem Höhepunkt des Kleingarten folgte jedoch schon bald der rasante Abstieg, denn für die Halbstarken war der Kleingarten in den 50er Jahren der Inbegriff von Spießigkeit. So klagte die Zeitschrift »Der Hamburger Kleingärtner« 1957: »Die jungen Menschen wandern nicht mehr in ihrer Freizeit in die Natur hinaus wie einst in frohen Zeiten. Ihre Erholung finden sie im Kino, in Spielautomatenhallen und anderen Vergnügungsstätten.«

Mit den Halbstarken kündigte sich die Revolte gegen die Disziplinierung an, die in der Explosion von 1968 ihren Höhepunkt erreichte. Auch die Autonomen sind als Teil dieser Bewegung zu begreifen. Tausende von Alltagspraktiken stellten fortan die traditionellen Formen des Wohnens und Arbeitens in Frage. Auf der einen Seite wurde mit Repression reagiert, auf der anderen Seite verleibte sich das Kapital die in der Revolte entstehenden neuen Formen der Kooperation und der Produktion von Wissen, Affekten und Subjektivität ein. Mit dem von postoperaistischen Theoretikern entwickelten Konzept der immateriellen Arbeit lässt sich die die Art und Weise fassen, wie sich die Kämpfe in die heutigen Arbeitsverhältnisse eingeschrieben haben. Von den Rändern der kapitalistischen Gesellschaft aus geraten die antikapitalistischen Praktiken in das Zentrum des Produktionsprozesses, wobei hierin

Dienstleistung und Informationen eine zunehmend zentraler werdende Stellung einnehmen. Die veränderten Arbeitsverhältnisse erfordern dabei neue Techniken der Macht. Nach Brian Holmes hat sich der Idealtypus der flexiblen Persönlichkeit herausgebildet, die in engem Zusammenhang mit den ökonomischen Anforderungen, wie befristeten Arbeitsverhältnissen und Just-In-Time-Produktion steht: »Und gleichzeitig bezieht sie sich flexibel auf ein ganzes Set von positiv besetzten Bildern, auf Spontanität, Kreativität, Kooperation, Mobilität und nicht hierarchische Beziehungen, das Lob der Differenz und die Offenheit für neue Erfahrungen. Man könnte diese Muster als Erfindungen der Gegenkulturen der siebziger Jahre bezeichnen, doch sind sie gefangen im Zerrspiegel einer neuen Hegemonie.«

Diese Veränderungen der Arbeitsverhältnisse lassen sich auch im Hamburger Schanzenviertel nachzeichnen. Das Schanzenviertel war während des Fordismus kleinbürlich und proletarisch geprägt. Auf die im Zuge der antifordistischen Kämpfe enstehenden alternativen Kleinbetriebe folgten in den 90er Jahren Werbeagenturen und Internetfirmen.
Die neue Machttechniken bleiben jedoch nicht auf den Raum der Unternehmen beschränkt, sondern finden sich auch bei den Wohnverhältnissen in diesen Vierteln wieder. Bedürfnisse, die in den antifordistischen Kämpfen formuliert wurden, haben Eingang in die neuen Strategien der Macht gefunden. Dieser Übergang wird in der Geschichte von Stattbau Hamburg GmbH deutlich. Stattbau Hamburg wurde 1984 von den Autonomen Jugenwerkstätten, dem Mieterverein Mieter helfen Mieter und dem Netzwerk Hamburg, das selbstverwaltete Betriebe fördert, gegründet. In dem 1989 von Stattbau herausgegebenen Buch über Wohnprojekte steht unter der Überschrift »Wir über uns«: »Mit der Einrichtung von Stattbau Hamburg wurde ein Instrument geschaffen, das den Mieterinitiativen und Wohngruppen, die abrißgefährdete Gebäude erhalten wollen, bei der Formulierung und Durchsetzung ihrer Interessen behilflich sein und gleichzeitig die Gewähr dafür bieten sollte, daß öffentliche Mittel für Selbsthilfeprojekte sachgerecht eingesetzt werden.«

Die ersten Wohnprojekte entstanden Anfang der 80er Jahre im Zusammenhang mit Hausbesetzungen, sowie Mieter- und Stadtteilinitiativen, die gegen die Sanierungspolitik kämpften. Seit 1984 gibt es Ansätze zur Förderung von Wohnprojekten durch die Stadt Hamburg. 1987 wurde schließlich Stattbau Hamburg als alternativer Sanierungsträger von der Stadt Hamburg anerkannt. In ihrem Buch über Wohnprojekte wird die Politik des Hamburger Senats wie folgt bewertet: »Das Hamburger Förderungsprogramm für Wohnprojekte ist nicht nur der Einsicht des Senats geschuldet, daß es neue Wohnbedürfnisse gibt, sondern auch dem Eindruck brennender Barrikaden in Kreuzberg und den Hausbesetzungen in Hamburg und anderswo.« Stattbau Hamburg versteht sich heute als »intermediäre Agentur für soziale Stadtentwicklung« und betreut eine Vielzahl von Wohnprojekten, von denen viele in St.Pauli, dem Karolinen- und dem Schanzenviertel liegen. Die Reflexion über die eigene Rolle bei der Befriedung sozialer Konflikte ist in der aktuellen Veröffentlichung verschwunden.

Die neuen Machttechniken werden auch bei der 1990 gegründeten Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) deutlich, die treuhänderischer Sanierungsträger der Hansestadt ist und unter anderem in den Innenstadtvierteln westlich der Alster mehrere Stadtteilbürös betreibt. Unter der Überschrift »Philosophie« heißt es: »Bei Projekten achten wir darauf, dass möglichst alle Beteiligten an einen Tisch geholt werden. So werden mögliche Konflikte früh erkannt und alle wichtigen Aspekte in die Planungen mit einbezogen.« Die STEG ist eine Reaktion auf den in den 80er Jahren gescheiterten Versuch, Großprojekte gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. So wurde 1988 auf den geplanten Musicalpalast Neue Flora im Schanzenviertel mit der Besetzung des betroffenen Flora-Geländes geantwortet, das bis heute als linkes und nach wie vor besetztes Kulturzentrum Rote Flora existiert. Mit der frühzeitigen Einbindung von Teilen der Bevölkerung durch die STEG sollen heute Konflikte von Beginn an eingedämmt werden. Dabei standen und stehen die neuen Techniken der Macht jedoch nicht im Widerspruch zur Vertreibung von Junkies und Dealern aus dem Schanzenviertel, die deutlich rassistische Züge trägt. Vielmehr lässt sich die Situation als ein nebeneinander verschiedener Machttechniken beschreiben.

Der Bauwagenplatz Bambule stand in einem Stadtteil, indem sich als Reaktion auf die Kämpfe neue Strategien der Macht herausgebildet und zugleich Flexibilität, Selbstverantwortung und Differenz Eingang in den Alltag der Menschen gefunden haben. In diesem Kontext und aufgrund der Duldung durch den rot-grünen Senat konnte der Bauwagenplatz, der in der Tradition der antifordistischen Revolten steht, keine politische Sprengkraft mehr enfalten.
Das Vorgehen des neuen Hamburger Rechtssenats hat diese Situation grundlegend verändert. Innensenator Schill greift auf die Strategien der Disziplinierung zurück. Die Räumung des Bauwagenplatzes richtete sich nicht nur gegen die Besetzung, sondern gegen diese Wohnform im Allgemeinen. Die Innenbehörde verweigerte sich zunächst Verhandlungen und bot weder Wohnprojekte, noch ähnliche Wohnformen an, die für die BewohnerInnen akzeptabel gewesen wären. An die Stelle von Abweichung, Flexibilität und Autonomie stellt Schill den Kleingarten. Schills Handeln sowie die Motive seiner WählerInnengruppe werden vor allem durch Normalitätsphantasien bestimmt, in deren Mittelpunkt das Modell des deutschen Familienvaters steht, der sein Leben lang in der gleichen Firma arbeitet. Diesem Modell können und wollen jedoch immer weniger Menschen entsprechen.

Der Hamburger Rechtssenat greift im aktuellen Konflikt auf Machttechniken zurück, die im Widerspruch zu den Anforderungen der Arbeitsverhältnisse im Karolinen- und Schanzenviertel stehen. 123 Gewerbetreibende aus diesen Vierteln dem haben sich in einem Aufruf gegen die Räumung des Bauwagenplatzes Bambule gewendet. »Uns ist Vielfalt wichtig; und das Zusammenleben und -arbeiten mit verschiedensten Minderheiten macht eben diese Vielfalt aus. Mit der durchgesetzten Räumung des Bauwagenplatzes ist eine andere, eine unkonventionelle Form des Wohnens verschwunden, und damit auch ein Stück Vielfalt.« Hinzu kam im weiteren Verlauf die solidarische Beteiligung zahlreicher Hamburger Clubs als Ausrichtungsorte der Konzertreihe mit dem Titel »Let The Music Play- Regierung stürzen!«. Trotz der vielfältigen Aktivitäten und Solidaritätsbekundungen standen die Proteste auf der Straße im Zentrum der Bewegung. Ihre Dynamik wurde vor allem durch den Widerspruch zwischen den Lebens- und Arbeitsverhältnissen, die den Alltag vieler Menschen in diesen Vierteln bestimmen, und den Strategien der Disziplinierung von Seiten des Hamburger Senats erzeugt. Jedoch haben die Proteste nur dann eine Perspektive, wenn es ihnen gelingt, sich über den Widerstand gegen die Disziplinierung hinaus den neuen Strategien der Macht zuzuwenden, in die Flexibilität, Selbstverantwortung und Differenz schon längst in deformierter Form Eingang gefunden haben.

gruppefuenf

Literatur:
Donzelot, Jacques: Die Ordnung der Familie. Frankfurt am Main 1980.
Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1994.
Holmes, Brian: Mit den Fingern über den Tasten. Zur Kritik der flexiblen Persönlichkeit, in: Subtropen, Januar 2003.
Kropp, Herbert: Wagenleben - Das Leben wagen. Empirische Studien über das Leben und Wohnen in fahrbaren Behausungen, Oldenburg 1997.
Stein, Hartwig: Wie Hammonia zum Kleingarten kam. Eine kurze Geschichte des Hamburger Kleingartenwesens von der Mitte des 19. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2000.
Reinig, Joachim: Wohnprojekte in Hamburg von 1980 bis 1989, Darmstadt 1989.
Stattbau (Hg.): Wohnprojekte, Baugemeinschaften, Soziale Stadentwicklung. Das Stattbau-Buch, Hamburg 2002.



Rote FLora // Termine

März

Sa. 01. 23.Uhr Flora.Kustik -
florales k.o. vs. banales repressio
Live:TAHO lumina rec./paris ASPRO trenton/mini mal dancin/paris, MICI MICRON storage rec./HH DER TANTE RENATE/HH, DJ: PTOILE Discograph/Paris LAWRENCE Dial/HH C.JOST Dial/HH,TOBIAS SCHMID playmade/HH METRO HEAD MUSIC JULIUS, STEIHOFF& KLAASN Sondswell inc./HH

Do. o6. Vokü Baustellenparty

Fr. 07. BASS CONFERENCE Part One
21 Uhr: Film: the original jamaican Motion Pictures ROCKERS
23 Uhr: 1st floor: reggae dancehall meets hiphop-lychee lassi, sir o, 56er soundboys, black famous sound, ital acoustics2nd floor: rare funk tunes, chill soul vibes-stoecker stereo, radio bikini, sounds feat. diego mc & enzo, jo action

Sa. 08. Caveman Soundsystem dancehallreggae 23 Uhr

Mo. 10. Vokü, HC Konzert - LIVE:
21 Uhr: THE DEATH OF ANNA KARINA

Fr. 14. REGGAEKELLER-HH EV 23 Uhr

Sa. 15. „MORE THAN MUSIC“
21 Uhr: Konzert: OIRO (punkrock rippoff) I DEFY (Szeneurgesteine ex Miozän/ Veil Leute) COM PACT JUSTICE? (HC Punk/Emo)
„More than music!?“ ist Titel einer Photoausstellung und gleichzeitig das Motto einer Veranstaltungsreihe im Rahmen dieser Ausstellung in Hamburg. Hierbei wurde der Titel aufgegriffen u nd versucht mit verschiedenen Veranstaltungen auszufüllen. M.T.M. beschäftigt sich mit den Facetten der Subkultur um Punk Rock, Hardcore und Rock´nRoll

So. 16. 19.30 Uhr „More than Music“
Film:
„So jung kommen wir nicht mehr zusammen“
danach: DJ´s/Barbetrieb (punkrockdisse)

Fr. 21. 22 Uhr CALIBAN Metal, Hardcore Konzert

Fr. 28. 22 Uhr LESBISCHWULER KELLERCLUB

Sa. 29. 23 Uhr OUR DARKNESS
Darkwave, Industrial, Gothic, 80er

APRiL

Mi. 02. 22 Uhr NORTHQUAKE ALLIANCE
Konzert - Elektro im Keller

Fr. 04. 20 Uhr „Rache“ SOLOKABARETTABEND
von LISA POLITT (Herrchens Frauchen) Ist rache die Grundlage allgemeinen Rechtsempfindens? Hat das Wort „gerecht“ etwas damit zu tun, daß sich jemand gerächt hat? Um diese und andere Fragen geht es an Lisa Politts Reise durch die Welt der Rache, dieses schwer in Mode kommenden Prinzips der Selbstjustiz, das, wird es von staatswegen betrieben, auch gern mal „Verteidigungsfall“ genannt wird. Spaß macht die gut geplante Rache allemal, Skrupel sind überflüssig in einem Land, wo ganze Fernsehshows aus nichts anderem bestehen, als daß eine Stunde lang Menschen auf die Fresse fliegen. Lernen sie also mit Lisa Politt, wie man auch noch den schwachsinnig sten Racheakt legitimiert, denn das hat Zukunft.
Diesmal als Soliabend für das kürzlich von der Bürgerschaft parteiübergreifend in seiner Existenz bedro hte „Cafée mit Herz“, einer Einrichtung für Obdachlose im ehemaligen Hafenkrankenhaus.

Sa. 05. 22 Uhr KULTUR SCHOCKT - Elektro Tanzparty

So. 06. 21 Uhr LANDSCAPE (positive punkpower)

Mo. 07. 22 Uhr OBRINT PAS (Keine Unterdrückung)
Band aus Valencia, die unnachahmlich SKA, REGGAE, HC und KATALANISCHE FOLKLORE fusioniert. Ihre Texte sind auf katalanisch, durchweg politisch, voller interna tionaler Solidarität, voller Hoffnung auf eine andere Welt und vor allem ein Aufruf für eben diese andere Welt sich zu bewegen.

Fr. 11. 23 Uhr REGGAE KELLER CLUB

Fr. 18. 22 Uhr BETAGARRI - Konzert
Neben SKA-P in Spanien eine der bekanntesten SKA-MESTIZAJE Bands. Ein unvergessliches Live-Erlebnis, kritische, kämpferische Texte, die ideale Formel um das Publikum in Extase zu versetzen

Sa. 19. 23 Uhr SOLIPARTY für Queeruption/Berlin

So. 20. 22 Uhr TOTE STADT Konzert

Di. 22. 22 Uhr KAOSPILOT (screamo aus Norwegen) Konzert

Fr. 25. 23 Uhr EL BAILE

Sa 26. 23 Uhr DUBARISE LIKE DIRT Reggae Party

So. 27. 22 Uhr SENATAFOX (Yug), UNISON (HC),
Mad Minoritiy - Hardcore Konzert

Mi. 30. 22 Uhr SOUNDSYSTEM CAVOMAN

Fr. 2.05. Flora Soli Kabarett
mit EBERMANN&TRAMPERT, LISA POLTT und K. GEGENHART